

# synopse

The logo for DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

## **Migrations- und Antirassismus- politik im Wahlkampf 2009**

Wahl- und Regierungsprogramme  
der Parteien im Vergleich

## Impressum

Herausgeber  
DGB-Bundesvorstand  
Bereich: Migrations- und Antirassismopolitik  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

Redaktion  
Volker Roßocha

Satz und Druck:  
PrintNetwork pn GmbH, Berlin

Stand:  
Juli 2009

Bestellung von Broschüren und Materialien des DGB bitte über das  
DGB-Online-Bestellsystem:  
Link: <https://www.dgb-bestellservice.de>

Schriftliche Bestellungen NUR für  
Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang zum Internet:  
PrintNetwork pn GmbH · Stralauer Platz 33 – 34 · 10243 Berlin

# Inhalt

I. Zusammenfassung . . . . .	2
1. Kernbotschaften . . . . .	2
2. Migrations- und Antirassismuspoltik . . . . .	3
2.1 Stellenwert von Migrations- und Antirassismuspoltik in den Programmen . . . . .	3
2.2 Gewerkschaftliche Forderungen und ihre Entsprechungen in den Programmen . . . . .	4
II. Synopse der Positionen zur Migrations- und Antirassismuspoltik in den Wahl- und Regierungsprogrammen . . . . .	10
Gliederung der Programme . . . . .	10
Grundlegende Ziele . . . . .	12
Bildung . . . . .	14
Einwanderung und Integration . . . . .	20
Flüchtlinge und Asyl . . . . .	30
Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung . . . . .	36
Gesellschaft und Kultur . . . . .	38
Innere Sicherheit . . . . .	46
Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus . . . . .	50
Menschenrechte . . . . .	54
Europa und EU-Erweiterung . . . . .	58

# I. Zusammenfassung

Die Wahl- oder Regierungsprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien dienen in erster Linie zur Festlegung von Positionen in den verschiedenen Handlungsfeldern. Sie greifen die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf und bieten Strategien und Vorschläge zu deren Bewältigung. Daneben finden sich zu fast allen politischen Handlungsfeldern Einschätzungen und Vorstellungen. Insgesamt zeigen die Programme deutliche ideologische Unterschiede. Aufgegriffen wird auch die Migrations- und Antirassismuspoleitik. Auch wenn auf den ersten Blick die Parteien ähnliche Forderungen erheben, so werden dennoch wichtige Unterschiede und verschiedene Prioritäten deutlich.

Ihre Wahl- oder Regierungsprogramme beschlossen haben inzwischen:

- die SPD „Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland – Regierungsprogramm der SPD 2009 – 2013“<sup>1</sup>
- die FDP „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei“<sup>2</sup>
- die GRÜNEN „Der grüne neue Gesellschafts-Vertrag – Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit“<sup>3</sup>
- die LINKE „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden“ – Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE<sup>4</sup>
- die CDU/CSU „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“, Regierungsprogramm 2009 – 2013<sup>5</sup>

## 1. Kernbotschaften

Die wichtigsten Botschaften der Parteien sind:

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag, mit dem ein Fundament für die Wirtschaft geschaffen wird. Ziel ist, sparsamer mit Ressourcen umzugehen und neue Arbeit – keine Billigjobs – zu schaffen. Ziel ist mehr Demokratie unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Verbänden und der Bürgergesellschaft.
- Für die FDP steht der Mensch im Mittelpunkt liberaler Politik. „Wir machen uns für die Freiheit des Einzelnen in Verantwortung für eine bessere Zukunft unseres Landes stark.“ Die FDP sei die Partei für alle, die ihr Leben selbst gestalten und dabei nicht vom Staat bevormundet werden wollen. Sie will die Maßstäbe politischen Handelns neu definieren: „Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei.“
- DIE LINKE spricht die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger an, die um ihre Zukunft bangen und sich ängstigen um ihre Arbeit, ihr Einkommen, ihren Ausbildungsplatz, ihre Rente. „Sie brauchen einen Schutzschirm zur Rettung von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialeinkommen.“
- Für die SPD sind Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit Triebfedern des Fortschritts. Im Mittelpunkt steht ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat, für den der handlungsfähige Sozialstaat unverzichtbar ist. „Er ist zukunftsfähig und überlegen gegenüber anderen Modellen, die Absicherung im Alter, bei Krankheit oder im Pflegefall privatisieren wollen.“

<sup>1</sup> Regierungsprogramm, beschlossen auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin

<sup>2</sup> Programm der FDP, Beschluss des Bundesparteitages am 15. – 17. Mai 2009

<sup>3</sup> Bundestagswahlprogramm, beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz vom 8. – 10. Mai 2009

<sup>4</sup> Beschluss des Bundestagswahlparteitages 2009 am 20./21. Juni 2009

<sup>5</sup> Verabschiedet von den Vorständen der CDU und der CSU am 28. Juni 2009

- Die CDU/CSU ist überzeugt, dass ihre Regierungsarbeit Deutschland „zum Besseren verändert“ hat. Daran will sie auch in der nächsten Legislaturperiode anknüpfen. Die Bewältigung der internationalen Krise steht im Vordergrund. Dazu soll die soziale Marktwirtschaft auch international verankert werden. Gleichzeitig will sie bewahren, „was sich bewährt hat und verändern dort, wo es notwendig ist“. „Unsere Motivation ist die Liebe zu unserer Heimat. Wir wollen dem Vaterland dienen. Unser Anspruch ist es, Deutschland in eine sichere und gute Zukunft zu führen.“

## 2. Migrations- und Antirassismuspoleitik

### 2.1 Stellenwert von Migrations- und Antirassismuspoleitik in den Programmen

- Die SPD formuliert 8 grundlegende Ziele, die im Mittelpunkt der künftigen Regierungspoleitik stehen: Ganz vorn steht das Menschenrecht auf Bildung (2. Ziel). Im Ziel 6 wird die Integration als zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit des Landes beschrieben. Dabei müssten besonders die Kinder und Jugendlichen erreicht werden. „Sie brauchen besondere Förderung, damit Chancengleichheit in Kindergarten, in der Schule und Beruf möglich werden.“ Ausführlicher werden die Positionen in den Kapiteln „Bildung ist Menschenrecht“, „Die soziale Gesellschaft im Wandel“ und im Kapitel „Mehr Demokratie wagen“ beschrieben. Hieran zeigt sich auch, dass die SPD die Migrations- und Integrationspölitik als Querschnittsthema betrachtet.
- In der Präambel setzt die FDP auf die Bürgergesellschaft, in der die Menschen in einer Wertegemeinschaft leben. „Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ist der Menschenwürde verpflichtet.“ In der Bürgergesellschaft sei die Bildung Bürgerrecht. Bildung ermögliche gesellschaftliche Teilhabe. „Wir Liberalen stehen für den Wettbewerb um die besten Lösungen und für Vielfalt, die die Begabungen der Kinder fördert und für alle einen möglichst großen Lernerfolg bietet.“ Die Vorstellungen zur Migrations- und Antirassismuspoleitik werden vor allem im Kapitel „Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz“ beschrieben. Auch für diese Themen gelten die grundlegenden Vorstellungen von Freiheit und Selbstbestimmung.
- B90/Die Grünen verfolgen das Ziel der Freiheit und der Selbstbestimmung für alle Menschen. Sie erteilen einer konformen angepassten Gesellschaft eine Absage und treten für „gleiche Verwirklichungsmöglichkeiten für alle“ ein. Sehr ausführlich werden die Fragen zur Flüchtlingspölitik und zur Nichtdiskriminierung beschrieben sowie eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geführt.
- DIE LINKE sieht Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge vor allem als Gruppe, die von sozialer Ausgrenzung betroffen ist. Beschrieben werden die Positionen vor allem im Kapitel „Niemanden ausgrenzen – Politik der sozialen Integration“ und im Kapitel „Die Humanität einer Gesellschaft misst sich an ihrem Umgang mit Menschen in Not“.

- Die CDU/CSU formuliert im Rahmen der 10 wichtigsten Punkte für die kommende Legislaturperiode, dass sie ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen will. „Deutschland ist ein Integrationsland. Fördern und Fordern stehen im Mittelpunkt.“ Zudem sei willkommen, wer die Werte „unserer Gesellschaft und Deutschland als Heimat annehmen will“. Allerdings werden die Integrations- und Bildungspolitik nicht bei den sechs Zukunftsprojekten aufgeführt.

## 2.2 Gewerkschaftliche Forderungen und ihre Entsprechungen in den Programmen

### Einwanderungsland Deutschland

SPD, LINKE und FDP bezeichnen Deutschland als Einwanderungsland. Dabei sieht die SPD in der Einwanderung eine ökonomische und kulturelle Bereicherung. Ähnlich die FDP, sie betrachtet die Einwanderung als kulturelle Bereicherung und als Chance. Sie verweist aber gleichzeitig darauf, dass Integrationsprobleme nicht verschwiegen werden dürften. Die LINKE stellt heraus, dass die Einwanderung häufig nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt akzeptiert werde. „Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer menschenverachtenden, selektiven Einwanderungspolitik.“ Die GRÜNEN verstehen sich als Anwälte für Bürgerrechte und setzen, wie die SPD in der Integrationspolitik auf die Verbesserung der Teilhabechancen. Dies gilt für den Bereich Bildung und Arbeitsmarkt, aber auch für die politische Partizipation. Für die CDU/CSU ist Deutschland ein Integrationsland. Forderungen und Positionen zur Einwanderungspolitik werden nicht explizit formuliert.

### Integration und Teilhabe:

#### Kultur der Anerkennung statt Anpassung an eine vermeintlich vorhandene Leitkultur

Für die SPD ist zentral, dass „in unserem Land Menschen verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können“. Dazu sei eine Kultur der Anerkennung erforderlich. Bestandteil sei erstens der Spracherwerb, aber auch die Förderung der Migrationskulturen. Die GRÜNEN setzen ebenfalls auf eine Kultur der Anerkennung, die Teil des grünen neuen Gesellschaftsvertrags sein soll. Die gleichberechtigte Teilhabe ist für die SPD und die GRÜNEN ebenfalls zentral für die Integration. Die SPD stellt fest, dass die Würde des Menschen ausdrücklich für alle Menschen gilt. Gleichzeitig lehnt sie eine Leitkulturdebatte ab, „denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar“.

Die GRÜNEN stellen die Wichtigkeit der Bereitschaft zum Dialog heraus. Dabei sei klar: „Bei der Akzeptanz der Grundrechte, der Demokratie und der Freiheit Anderer gibt es keinen kulturellen Rabatt.“ Die CDU/CSU formuliert unter der Überschrift „Vorfahrt für Integration“, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine „Schlüsselaufgabe“ für Deutschland sei. Die von ihr durchgesetzte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung habe einen Konsens über die Integration in Deutschland möglich gemacht. Als Grundaussage wird formuliert: „Unser Grundgesetz und unsere gemeinsamen Werte sind von Jedem zu achten. Erfolgreiche Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung.“

### Integration in Bildung

Die Positionen zur Integration in Bildung sind – trotz aller Unterschiede im Detail – bei SPD, GRÜNEN und LINKEN ähnlich. Der Stellenwert der vorschulischen Erziehung, ein längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen mit schlechten Startchancen stehen im Vordergrund. Die SPD stellt das Menschenrecht auf Bildung heraus. Sie setzt sich für ein längeres gemeinsames Lernen und die langfristige Überwindung des gegliederten Bildungssystems ein. Für die GRÜNEN ist der Zugang zu Bildung eine „Gerechtigkeitsfrage“. Die LINKE fordert eine grundlegende demokratische Bildungsreform. Dazu solle das Grundgesetz geändert werden. Die FDP verweist dagegen auf die Verantwortung des Einzelnen. Die CDU/CSU setzen bei der Bildung auf die deutsche Sprache, der Schlüssel für die Bildung sei, sowie auf bundesweite Leistungsmaßstäbe. Die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels sollen umgesetzt werden.

### Integration und Sprache

SPD, GRÜNE und FDP fordern die Sprachförderung bereits in den KITAs. Die GRÜNEN verlangen zudem die Sprachförderung auch in der Grundschule. Die SPD setzt auf die Anerkennung der Mehrsprachigkeit, die GRÜNEN formulieren konkreter die Forderung nach der Förderung der „Erstsprache“. Die FDP formuliert konkrete Anforderungen an die Sprachkurse, die „stärker nach den Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern“ seien. Für die CDU/CSU sind Deutschkenntnisse in allen Bereichen der Integration von herausgehobener Bedeutung. „Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können.“

### Anerkennung von Abschlüssen

In den Programmen von SPD und LINKEN findet sich die Forderung nach Anerkennung von Abschlüssen, die im Herkunftsland erworben wurden. Auch die CDU/CSU fordert erworbene Qualifikationen anzuerkennen, „um international Transparenz herzustellen und Mobilität zu erleichtern“. Zur Anerkennung solle eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet werden.

### Familienzusammenführung

GRÜNE und SPD wollen den Familien- bzw. Ehegattennachzug wieder erleichtern. Die GRÜNEN formulieren in diesem Zusammenhang auch ihre Positionen zur Zwangsverheiratung. Notwendig sei, den Betroffenen aufenthaltsrechtlichen Schutz und ein Recht auf Wiederkehr einzuräumen.

### Kommunales Wahlrecht

Das kommunale Wahlrecht wird gleichermaßen von SPD, Grünen und LINKEN (Kapitel 2.8) gefordert. Unterschiede bestehen zwischen SPD und GRÜNEN hinsichtlich der Fristen. Die SPD fordert das kommunale Wahlrecht nach einem Aufenthalt von 6 Jahren; die GRÜNEN Fristen entsprechend der EU-Bürger. Die LINKE fordert an anderer Stelle (Kapitel 2.4) aktives und passives Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr für alle, „die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben“. Die CDU/CSU lehnt explizit das kommunale Wahlrecht ab. Stattdessen will sie dafür werben, das gut Integrierte die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen.

### **Einbürgerung erleichtern – doppelte Staatsangehörigkeit zulassen**

SPD, GRÜNE und LINKE fordern Erleichterungen bei der Einbürgerung. Die SPD stellt klar, dass sie die doppelte Staatsangehörigkeit für Eingebürgerte und in Deutschland geborene Kinder akzeptiert. Die GRÜNEN fordern die Abschaffung des Optionszwangs. Nach Auffassung der LINKEN muss die doppelte Staatsbürgerschaft „grundsätzlich möglich sein“. Auch die FDP beschäftigt sich mit der doppelten Staatsbürgerschaft. Sie könne die Integration fördern. Aus Sicht der CDU/CSU ist die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit „Ausdruck einer erfolgreichen Integration“. Die generelle Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit wird abgelehnt. Hinsichtlich des Optionszwangs will die CDU/CSU feststellen, ob dieser sich bewährt habe. „Soweit rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Modells erkennbar werden, wollen wir diese beheben.“

### **Gewalt gegen Frauen verhindern**

Die Forderungen finden sich an verschiedenen Stellen der Programme der Parteien. Die GRÜNEN beispielsweise formulieren ihre Positionen sowohl im Kapitel „Die Hälfte der Macht – Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern“ als auch im Zusammenhang mit der Integration des Islam (siehe weiter unten). Ihnen ist der Schutz vor Gewalt wichtig. Dabei sollen die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution gestärkt werden. Die Gewinne aus Frauen- und Menschenhandel müssten beschlagnahmt werden und den Opfern zugute kommen. Auch die SPD und die LINKE setzen sich für den Schutz vor Frauen- und Menschenhandel ein. So fordert die LINKE, dass die Aufenthalts- und sozialen Rechte der Opfer gestärkt werden müssten. Die SPD fordert eine konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes und die Fortentwicklung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die CDU/CSU will die Zugangsschwelle gewaltbetroffener Frauen zu Hilfsangeboten senken und dazu eine bundesweite Notruftelefonnummer einrichten.

Die Bekämpfung von Zwangsverheiratungen wird in den Programmen von SPD und LINKEN thematisiert. Die LINKE fordert ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen ab dem ersten Tag der Ehe und ein Rückkehrrecht für ins Ausland verschleppte Frauen. In diesem Zusammenhang fordert sie auch, den Deutsch-Test für einreisewillige Ehegatten wieder abzuschaffen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Opfer von Zwangsheirat ein erweitertes Wiederkehrrecht erhalten. Die CDU/CSU will im „Kampf gegen Zwangsehen“ einen eigenständigen Straftatbestand schaffen.

### **Flüchtlinge und Asyl**

SPD, FDP, GRÜNE und LINKE fordern eine humane Flüchtlingspolitik. Dabei betonen die FDP und die GRÜNEN das internationale Flüchtlingsrecht bzw. die Genfer Flüchtlingskonvention als Grundlage. Nach Auffassung der FDP darf die europäische Zusammenarbeit nicht zu einem Absenken des Niveaus führen, während die SPD die Nutzung der humanitären Spielräume in den Vordergrund stellt und einen angemessenen Zugang von Flüchtlingen zu sozialen Leistungen fordert. Die CDU/CSU lehnt ein EU-weit einheitliches Asylrecht ab, es würde den Asylkompromiss aufweichen.

GRÜNE und LINKE formulieren teils sehr konkrete Forderungen für die Verbesserung des Flüchtlings-schutzes. Der Forderungskatalog bei den LINKEN reicht von der Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtursachen als Asylgrund, über die Umsetzung der Kinderrechtskonvention bis hin zur Abschaffung

der Grenzschutzagentur FRONTEX. Die GRÜNEN fordern unter anderem die Abschaffung der Residenzpflicht sowie der Sammelunterkünfte und des Flughafenverfahrens. Auch das Asylbewerberleistungsgesetz soll nach Auffassung der GRÜNEN und der LINKEN abgeschafft werden. Die SPD formuliert in diesem Zusammenhang, dass Flüchtlingen ein angemessener Zugang zu sozialen Leistungen gewährt werden soll.

### **Situation von Statuslosen verbessern – Kettenduldungen abschaffen**

GRÜNE und LINKE beschäftigen sich mit der Situation von Statuslosen. Nach Auffassung der LINKEN sollen die elementaren Menschenrechte wie die Behandlung von Erkrankungen gesichert, die behördlichen Meldepflichten „ausgesetzt“ und Perspektiven für einen legalen Aufenthalt geschaffen werden. Die GRÜNEN setzen sich ebenfalls für den Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung ein. Sie fordern, dass Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können. Dazu müsse auch die Meldepflicht entfallen. Außerdem wollen die GRÜNEN „Wege zur Legalisierung des Aufenthalts ermöglichen“.

SPD, GRÜNE und LINKE formulieren Forderungen zur Kettenduldung und zum Bleiberecht. Die SPD verweist zunächst darauf, dass mit dem Zuwanderungsgesetz die Duldung nicht gänzlich abgeschafft werden konnte, sieht in den Neuregelungen der letzten Jahre Fortschritte und fordert die Abschaffung der Kettenduldungen. Nach ihrer Auffassung soll, sofern der Aufenthalt aus humanitären Gründen nicht beendet werden kann, ein Aufenthaltstitel gewährt werden. Die GRÜNEN kritisieren die aktuelle Bleiberechtsregelung und fordern eine „großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen“. Die LINKE fordert neben der Beendigung der Kettenduldung, dass „länger hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – ein gesichertes Bleiberecht“ gewährt wird.

### **Bekämpfung von Diskriminierungen**

SPD, LINKE und GRÜNE setzen sich gleichermaßen für die Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung ein. Sehr ausführlich beschäftigen sich die GRÜNEN mit diesen Fragen. Sie wollen eine diskriminierungsfreie Unternehmenskultur und das Diversity Management fördern. Notwendig sei ein kritischer Dialog mit Institutionen, um gemeinsam Diskriminierungen zu bekämpfen. In einigen Bereichen gebe es wegen des Tendenzschutzes noch Probleme; dafür „wollen wir Lösungen finden“. In welche Richtungen diese gehen sollen, davon steht nichts im Programm. Die GRÜNEN formulieren zudem Kritik an der Großen Koalition hinsichtlich ihrer Haltung zum Richtlinienentwurf der EU-Kommission und an der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes. Sie „werden wir aus ihrem Dornröschenschlaf wachküssen“, heißt es im Programm. Kritik an der ADS formuliert auch die LINKE, eine unabhängige Arbeit soll ermöglicht und sie soll vom Familienministerium abgekoppelt werden. Zudem fordert die LINKE ein „echtes Verbandsklagerecht“. SPD formuliert eher allgemein die Notwendigkeit des Diskriminierungsschutzes. Die FDP dagegen will eine neue Kultur der Vielfalt in der Gesellschaft und begrüßt in diesem Zusammenhang betriebliche „Diversity-Strategien“. Aus ihrer Sicht bedeutet die Wertschätzung der Vielfalt nicht, „alle Menschen einfach gleich zu behandeln. Gleichmacherei wird den unterschiedlichen Talenten und Bedürfnissen der Individuen in keiner Weise gerecht“. Die CDU/CSU formuliert unter der Überschrift „Mittelstand fördern“ ihre Ablehnung weiterer Antidiskriminierungsvorgaben der EU. Im Kapitel „Miteinander solidarisch handeln“ wird erklärt, dass sie jede Form der Altersdiskriminierung ablehne. Abgelehnt wird gleichzeitig eine „vollständige rechtliche Gleichstellung“ von nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften.

### **Integration des Islam – Religionsgemeinschaften anerkennen**

FDP und GRÜNE setzen sich ausführlich mit dem Islam auseinander. Die FDP stellt zunächst fest, dass der Islamismus mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei, gleichwohl gehöre die „Freiheit, einen religiösen Glauben persönlich zu leben und öffentlich zu bekennen ... zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein gedeihliches und friedliches Miteinander“. Die FDP setzt sich für die staatliche Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften ein. Vorurteile müssten abgebaut und rechtliche Regelungen zur Einbindung und Gleichbehandlung gemeinsam mit den nichtkirchlichen Religionen gesucht werden. Neben dem Einsatz gegen Islamfeindlichkeit formulieren die GRÜNEN konkrete Anforderungen zur Einbindung des Islam. Dazu gehören Vereinbarungen zur Ausbildung von islamischen Geistlichen und Religionslehrern und die Einrichtung von Begräbnisstätten. Die GRÜNEN halten die Deutsche Islamkonferenz für nicht ausreichend. Von den islamischen Organisationen werde ein aktives Eintreten für die Religionsfreiheit von Nichtmuslimen und für volle Selbstbestimmungsrechte der Frauen erwartet. Erwartet werde zudem ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus und die Verurteilung der Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle. Die SPD formuliert eher allgemein. Religionsgemeinschaften seien wichtige Partner „auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft“. Im Programm der LINKEN spielt der Islam keine Rolle. Die CDU/CSU will den erfolgreichen Dialog der Deutschen Islamkonferenz fortsetzen. Gleichzeitig aber formulieren die beiden Parteien in den Eingangssätzen zum Kapitel „Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen“: „Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes ermöglichen wir jedem Mensch das Recht auf freie Entfaltung seiner Person.“

### **Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus**

Eine verstärkte Bekämpfung des Rechtsextremismus wird von SPD, GRÜNEN und LINKEN gefordert. Neben der Ächtung rechtsextremer Gewalt wollen die Parteien auch die Programme zur Förderung der Zivilgesellschaft weiter führen. Die FDP sieht den Zusammenhang zwischen Rechts- und Linksextremismus, fordert aber auch eine Verstärkung der Förderprogramme. Die Notwendigkeit des Schutzes der Opfer rechter Gewalt stellen die SPD und die GRÜNEN heraus. Die CDU/CSU will jeder Form des Extremismus entgegen treten. Sie unterstützen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und wollen die Ursachen für rechtsextreme Einstellungen beheben. Prävention und Stärkung der Bürgergesellschaft seien erforderlich. „Wir werden die Unterstützung der bürgerschaftlichen Projekte, die Arbeit der demokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend (RPJ) und Aussteigerprogramme gegen Extremismus weiterentwickeln“.

SPD und LINKE fordern ein Verbot der NPD. Die GRÜNEN sehen in einem Verbot kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus, wollen aber ein NPD-Verbot prüfen.

## II. Synopse der Positionen zur Migrations- und Antirassismuspolitik in den Wahl- und Regierungsprogrammen

### Gliederung der Programme

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<p><b>A. Zusammenhalt schafft Zukunft</b></p> <p><b>B. Unsere Politik für Deutschland</b></p> <p>I. Unsere Soziale Marktwirtschaft – wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit</p> <p>II. Chancen eröffnen – Chancengleichheit verwirklichen</p> <p>III. Deutschland lebenswert erhalten</p> <p>IV. In Freiheit und Sicherheit leben</p>	<p><b>I. Ein neues Jahrzehnt</b></p> <p><b>II. Unsere Politik</b></p> <p>1. Unseren Wohlstand auf hohem Niveau erhalten</p> <p>2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität</p> <p>3. Gute Arbeit sichern</p> <p>4. Bildung ist Menschenrecht</p> <p>5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert</p> <p>6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft</p> <p>7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen</p> <p>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</p> <p>9. Die Soziale Einheit vollenden</p> <p>10. Sicher leben in Deutschland</p> <p>11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur</p> <p>12. Kultur und Medien</p> <p>13. Mehr Demokratie wagen</p> <p>14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft</p> <p>15. Ein starkes und soziales Europa</p> <p>16. Weltweit für Frieden und Abrüstung</p> <p><b>III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland</b></p>	<p>1. Präambel: Die Mitte stärken</p> <p>2. Mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft</p> <p>3. Mehr Freiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</p> <p>4. Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation</p> <p>5. Mehr Wohlstand und Lebensqualität durch Freiheit und Verantwortung</p> <p>6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt</p> <p>7. Politikwechsel für Deutschland: Die Mitte stärken</p>	<p>Präambel</p> <p>1. Anders Wirtschaften – Ein Green New Deal für neue Arbeit und Innovation</p> <p>2. Die Zukunft ist erneuerbar – Mit neuer Energie gegen Atom, Kohle und Wirtschaftskrise</p> <p>3. Die Blockaden lösen – Soziale Teilhabe für alle</p> <p>4. Bildung statt Beton – Bessere Schulen, bessere Hochschulen, bessere Ausbildung</p> <p>5. Ein neues Miteinander – Von guter Kindheit zu würdigem Alter</p> <p>6. Verbraucherinnen und Verbraucher an die Macht – Informationsfreiheit und Sicherheit</p> <p>7. Intakte Umwelt – Erhalten, was uns erhält</p> <p>8. Anwältin der Bürgerrechte – Rechtsstaat verteidigen, Integration fördern</p> <p>9. Demokratie wagen – Ohne Input kein Output</p> <p>10. Im Osten was Neues – Perspektiven für die alten und neuen Länder</p> <p>11. Die Hälfte der Macht – Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern</p> <p>12. Vorsicht Kultur – Kreativität als Stein des Anstoßes</p> <p>13. Digital ist besser – Für ein freies Internet</p> <p>14. Eine Welt. Eine Vision. Unsere europäische und globale Verantwortung</p> <p>Schlusswort</p>	<p>1. Ein Schutzschirm für die Menschen</p> <p>2. Die sozialen Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen</p> <p>3. Für eine gerechte zukunfts offene Gesellschaft</p> <p>4. Demokratie und Grundrechte schützen</p> <p>5. Frieden und Gerechtigkeit – weltweit</p> <p>6. Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden</p>



## Grundlegende Ziele

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<b>A. Zusammenhalt schafft Zukunft</b>	<b>I. Ein neues Jahrzehnt</b>	<b>1. Präambel: Die Mitte stärken</b>	<b>Präambel</b>	<b>1. Ein Schutzschirm für Menschen</b>
	<p><b>2. Unser Weg aus der Krise</b> Wir konzentrieren uns auf zehn Punkte<sup>6</sup>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Nachhaltiges Wachstum</li> <li>– Arbeit für alle</li> <li>– Unser Land soll Bildungsrepublik werden</li> <li>– Ehe und Familie stärken</li> <li>– Deutschland braucht starke ländliche Räume</li> <li>– Verantwortungsbewusster Umgang mit knappen Ressourcen</li> <li>– Chancen- und Lohngleichheit von Frauen</li> <li>– Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen</li> </ul> <p>[...]</p> <p><b>III.1 Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln</b> [...] Das christliche Menschenbild ist und bleibt für CDU und CSU der Orientierungspunkt. Der Mensch ist für uns nicht das Maß aller Dinge, denn wir wissen um seine Fehlerhaftigkeit und seine Verantwortung vor Gott. [...]</p>	<p><b>4. Unsere Ziele</b> Acht Ziele stehen für uns im Mittelpunkt<sup>7</sup>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Arbeit und gerechter Lohn für alle</li> <li>– „Alle Jugendlichen sollen einen Schulabschluss und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Bildung ist Menschenrecht. [...]“</li> <li>– Umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur</li> <li>– Stärkung der Familien</li> <li>– Gleichstellung von Männern und Frauen</li> <li>– „Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen. Sie brauchen besondere Förderung, damit Chancengleichheit in Kindergarten, in der Schule und Beruf möglich wird.“</li> <li>– Europa – Frieden, Kooperation und fairer Ausgleich</li> <li>– „[...] Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell unseres Wohlstand und unserer Demokratie. [...] Aber sie muss nun neu gestartet werden. Sie braucht frische Impulse und entschlossenes Handeln.“</li> </ul>	<p>Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Wir machen uns für die Freiheit des Einzelnen in Verantwortung für eine bessere Zukunft unseres Landes stark. Wir wollen die liberale Bürgergesellschaft, in der der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ist der Menschenwürde verpflichtet.</p>	<p><b>Zeit für einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag</b> Was die Gesellschaft im alten Gesellschaftsvertrag der Bundesrepublik verband, war zumindest das Versprechen, dass Bildung und Aufstieg möglich sind, unabhängig von der Herkunft. Es war weitreichendes Selbstverständnis, dass in einer solidarischen Gesellschaft diejenigen, die mehr haben und mehr verdienen auch mehr bezahlen. Es war das Selbstverständnis, dass der soziale Friede ein hohes Gut ist und der Staat und die Gesellschaft einspringen, wenn Menschen abgehängt zu werden drohen. Dieser gesellschaftliche Konsens ist aufgekündigt und besteht nicht mehr. [...]</p> <p>Wir wollen keine konforme, angepasste Gesellschaft, sondern gleiche Verwirklichungsmöglichkeiten für alle. Vielfalt ist Reichtum. Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus und Rechtsextremismus.</p>	<p>Viele Bürgerinnen und Bürger, die am 27. September wählen, tun dies in Sorge und mit schwerem Herzen. Sie bangen um ihre Zukunft, ängstigen sich um ihre Arbeit, ihr Einkommen, ihren Ausbildungsplatz, ihre Rente. Viele von ihnen sind wütend und enttäuscht von neoliberaler Politik und dem kapitalistischen System. Sie brauchen einen Schutzschirm zur Rettung von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialeinkommen.</p>

<sup>6</sup> Die zehn zentralen Punkte wurden nicht wortwörtlich zitiert, sondern nur zusammenfassend aufgenommen.

<sup>7</sup> Die acht Ziele der SPD wurden nur zusammenfassend aufgenommen. Zitierte Punkte sind in „ „gesetzt.

# Bildung

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<p><b>II. Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen</b></p> <p><b>3. Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik</b></p>	<p><b>II. Unsere Politik</b></p> <p><b>4. Bildung ist Menschenrecht</b></p>	<p><b>4. Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation</b></p>	<p><b>4. Bildung statt Beton – Bessere Schulen, bessere Hochschulen, bessere Ausbildung</b></p>	<p><b>3. Für eine gerechte und zukunfts offene Gesellschaft</b></p> <p><b>3.2 Demokratische Bildungsreform – Bildung für alle von Anfang an</b></p>
<b>Grundsätze</b>	<p>Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und verantwortungsvolles Leben. Bildung ist die beste Vorsorge für die Zukunft. [...]</p> <p>Deshalb müssen wir die Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen. Deshalb setzen wir die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels konsequent um.</p>	<p>Bildung ist Menschenrecht. Jedes Kind hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung als Menschenrecht ist Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Solange in unserem Bildungssystem Hürden für benachteiligte Menschen bestehen, bleiben Chancen ungerecht verteilt.</p>	<p>Eine liberale Gesellschaft fragt nicht danach, was die Eltern sind, sondern danach, was die Kinder können. Die fehlende Förderung im Elternhaus, die mangelnden Anregungen für Kinder und das unzureichende Bildungsumfeld sorgen oft dafür, dass sich Begabungen nicht entfalten können.</p>	<p>Der Zugang zu Bildung ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Unser Bildungswesen bietet den meisten Kindern keinen optimalen Start ins Leben und blockiert die Entwicklung vieler junger Menschen. Herkunft und Geldbeutel der Eltern entscheiden allzu häufig über Bildungschancen.</p>	<p>Bildung ist für die LINKE eine der zentralen Voraussetzungen für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. [...]</p> <p>Deshalb muss Bildung allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich gemacht werden.</p>
<b>Gemeinsames Lernen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Gute Bildung für alle braucht viele Wege, klare Ziele und hochwertige Angebote, die durch das gegliederte Schulsystem geschaffen werden. Zu jedem Abschluss gehört ein Anschluss. [...]</li> </ul> <p>Wir wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen.</p>	<p><b>Gemeinsames Lernen, alle Kinder fördern, kein Kind zurücklassen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Mehr Durchlässigkeit. Unser Ziel ist ein sozial gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Das werden wir mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Die SPD wird sich weiterhin für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen langfristig das gegliederte Schulsystem überwinden.</li> </ul>	<p>Nur ein durchlässiges Bildungssystem sichert faire Aufstiegschancen. Schulempfehlungen dürfen keinen unumkehrbaren Bildungsweg mehr zementieren. Auch zwischen den einzelnen Bildungsstationen muss die Durchlässigkeit erhöht werden. Übergänge sollen besser koordiniert werden.</p>	<p>Gerade das frühe Sortieren der Kinder auf unterschiedliche Schultypen verbaut Entwicklungschancen, demotiviert und nimmt vielen Kindern schon frühzeitig die Lust am Lernen. [...]</p> <p>Wir wollen, dass alle Kinder mindestens bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen. Individuelle Förderung und das Lernen miteinander und voneinander, von dem alle Kinder profitieren, sind der Weg zu mehr Leistung und Chancengleichheit.</p>	<p>DIE LINKE kämpft für eine chancengleiche Bildung von Anfang an. Dazu gehören vielseitiges, praxisorientiertes Wissen und Können, interkultureller Austausch, systematische und den Bildungsweg kontinuierlich begleitende Förderung beider Sprachen von zweisprachig aufwachsenden Kindern, [...]</p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Länger gemeinsam lernen: Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bundesweit mehrheitsfähig machen und als Regelschule etablieren; individuelle Förderung verankern, statt auf private Nachhilfe zu setzen; ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen; Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit sichern und Ausgrenzung beenden;</li> </ul>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Kitas - Sprachförderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gute Bildung für alle braucht Chancengleichheit von Anfang an. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.</li> </ul>	<p><b>Gute Bildung von Anfang an</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Verbindliche Zusammenarbeit von Kita und Schule. Wir wollen, dass alle Kinder mit guten Startchancen in die Schule kommen. Deshalb wollen wir die Schulvorbereitung in der Kita stärken. Die verbindliche Sprachförderung muss Schwerpunkt der vorschulischen Bildung sein, damit alle Kinder gut vorbereitet in die erste Klasse kommen.</li> </ul>	<p>Im vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren sprachlichen Entwicklungsstand geprüft werden. Kinder mit Defiziten sollten dann intensiv und – im Vorgriff auf die Schulpflicht – verbindlich gefördert werden, z. B. im Rahmen der Start-Klasse. Ab dem fünften Lebensjahr wollen wir eine verbindliche Schulvorbereitung, in der Begabungen gefördert und Defizite systematisch behoben werden.</p>		<p><b>2.5 Vielfältig und verlässlich – alle Lebensweisen stärken</b></p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche Kinderbetreuung flächendeckend garantieren: Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr einführen; [...]</li> </ul> <p><b>3.2 Demokratische Bildungsreform – Bildung für alle von Anfang an</b></p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bildung von Anfang an fördern: den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden; Kita-Ausbau vorantreiben, um den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern.</li> </ul>
<b>Schulabschlüsse</b>	<p><b>II.4 Vorfahrt für Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>[...] Wir stehen zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Unser Ziel ist, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Migrantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen.</li> </ul>	<p><b>Wir brauchen einen neuen Bildungskon-sens und gemeinsame Ziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Alle Schülerinnen und Schüler brauchen einen Abschluss. Unser erstes und wichtigstes Ziel wird sein, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass jährlich 80.000 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss bleiben. Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass diese Zahl jährlich um mindestens 10 Prozent gesenkt wird.</li> </ul>		<p>Acht Prozent aller Kinder eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne Abschluss. Unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die Abbrecherquote dreimal so hoch. Laut PISA-Studie sind rund 20 Prozent aller 15jährigen quasi Analphabeten. Vielen Kindern und Jugendlichen, insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund, fehlen sogar elementare Grundkenntnisse, weil sie keine individuelle Förderung erfahren.</p>	
<b>Migration und Bildung</b>	<p><b>II.4 Vorfahrt für Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für die Mitwirkung und sozialen Aufstieg. [...] Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migranteneltern gefordert, Deutsch zu lernen.</li> </ul>	<p><b>Wir brauchen einen neuen Bildungskon-sens und gemeinsame Ziele:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Integration. Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Ausgrenzung ist keine Lösung – das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren. Ein Viertel aller Kinder hat mindestens einen Elternteil, der aus einem anderen Land</li> </ul>	<p>Begabungen von Kindern aus bildungsfernen Schichten oder von Kindern mit Migrationshintergrund müssen besser als bisher gefördert werden.</p>	<p>Der enge Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zementiert besonders die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das Lernen und Lehren der deutschen Sprache ist deshalb ein zentraler Bildungsauftrag für Kindergärten und Grundschulen. Hinzu kommen muss die Förderung der Erstsprache. Wer seine Muttersprache nicht beherrscht, lernt auch nur mit Schwierigkeiten Deutsch.</p>	

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Migration und Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir wollen die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Eine frühe Förderung hilft insbesondere Zuwandererfamilien. Um dem Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch solche mit Migrationserfahrung.</li> </ul>	<p>eingewandert ist. Viele dieser Kinder sind in unserem Bildungssystem immer noch erheblich benachteiligt. Auch sie haben ein Recht auf die gleichen Bildungschancen, auf die Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihrer kulturellen Erfahrungen.</p>			
<b>Anerkennung von Abschlüssen</b>	<p><b>A.2.1</b> 3. [...] Wir wollen Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen.</p> <p><b>II.4 Vorfahrt für Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– [...] Wir wollen die Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen verbessern und dafür eine zentrale Anlaufstelle einrichten.</li> </ul>	<p><b>3. Gute Arbeit sichern</b></p> <p><b>Ausbildung und Chance auf berufliches Fortkommen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Sicherung des Fachkräftebedarfs. [...] Wir wollen ein Anerkennungsgesetz, auf dessen Grundlage jeder nach spätestens sechs Monaten weiß, welche seiner im Ausland erworbenen Abschlüsse auch bei uns anerkannt werden.</li> </ul> <p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b></p> <p><b>Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Abschlüsse aus Herkunftsländern anerkennen. Viele Einwanderer sind gut ausgebildet, müssen aber erleben, dass ihre Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden. Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen, planen wir eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus Herkunftsländern.</li> </ul>			<p><b>3.2 Demokratische Bildungsreform – Bildung für alle von Anfang an.</b></p> <p>Deshalb fordert DIE LINKE:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertschätzen: die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen anerkennen.</li> </ul>

# Einwanderung und Integration

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<b>II.4 Vorfahrt für Integration</b>	<b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b>	<b>3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</b>	<b>8. Anwältin der Bürgerrechte – Rechtsstaat verteidigen, Integration fördern</b>	<b>2.8 Niemanden ausgrenzen – Politik der sozialen Integration</b>
<b>Einwanderungsland Deutschland</b>	<p>Deutschland ist Integrationsland. [...] Die von uns durchgesetzte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung hat einen Konsens über Integration in Deutschland möglich gemacht. [...] Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Wir wollen, dass unser Zusammenleben von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt ist. Unser Grundgesetz und unsere gemeinsamen Werte sind von Jedem zu achten. Erfolgreiche Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Die Mitarbeit in Vereinen bietet besondere Chancen zur Integration. Das wollen wir nutzen und fördern. Das Engagement vermittelt positive Erfahrung der gesellschaftlichen Anerkennung.</li> </ul>	<p>[...] Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit ihren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen.</p>	<p><b>Toleranz und Respekt durch eine Politik der Vielfalt fördern</b> Deutschland ist ein Einwanderungsland. Liberale sehen das Zusammenleben verschiedener Kulturen als Chance und Bereicherung an. Die FDP plädiert für eine rationale Integrationspolitik, die Integrationsprobleme nicht verschweigt.</p>		<p>Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Erkenntnis wird häufig nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt akzeptiert. Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer menschenverachtenden, selektiven Einwanderungspolitik. Wir wollen die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken. [...]</p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– soziale Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten beenden; Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien beenden; Familiennachzug für Kinder und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen und -partner ermöglichen; keine Abschiebung von Menschen aus Kriegsgebieten und politisch Verfolgter; aktives und passives Wahlrecht gewähren; Einbürgerung erleichtern; doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen;</li> </ul>
<b>Anerkennung und Akzeptanz</b>	<p><b>A.2.1</b> 8. Wir wollen ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen. CDU und CSU haben Integration zu einer gesellschaftlichen Aufgabe gemacht. Deutschland ist Integrationsland. Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. Gute Sprachkenntnisse und gute Bildung sind unverzichtbar. Wer die Werte unserer Gesellschaft und Deutschland als eine Heimat annehmen will, wird seine Chance in unserem Land bekommen und ist uns herzlich willkommen.</p>	<p><b>Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kultur der Anerkennung. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern die kulturelle Unterschiede als Möglichkeit von neuer Gemeinsamkeit begreift. Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb</li> </ul>		<p>Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag setzt auf Integration und eine Kultur der Anerkennung. Gerade auch für junge Migrantinnen und Migranten wollen wir die Blockaden beiseite räumen und den Weg zu guter Bildung und guter Arbeit frei machen. Frau Merkel lässt zwar mit viel Tamtam Integrationsgipfel inszenieren. Gleichzeitig sinken jedoch die Einbürgerungszahlen in den Keller, da die große Koalition neue Hürden auf dem Weg zum deutschen Pass aufgebaut hat. Das ist doppelzüngig. Wir wollen dagegen Integration über gesellschaftliche Teilhabe und einer Politik der gleichen Rechte erreichen. Eine humane Flüchtlingspolitik respektiert das Grundrecht auf Asyl und höhlt es nicht aus.</p>	

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Anerkennung und Akzeptanz</b>		die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehört auch die öffentliche Förderung der Migrationskulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung. [...]			
<b>Integration</b>	<p><b>II.4</b> Unser Grundgesetz und unsere gemeinsamen Werte sind von Jedem zu achten. Erfolgreiche Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung. [...]</p> <p>– Wir wollen das neu entwickelte Instrument der Fortschrittsberichte zur Integration nach verbindlichen Maßstäben konsequent einsetzen und aus den Ergebnissen jeweils zügig die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Der „Nationale Integrationsplan“ hat Schluss gemacht mit der als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber entstehenden Parallelgesellschaften und vermeidbaren Konflikten.</p>	<p>– Integration durch Teilhabe. Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.</p>	<p>Deutschland hat Nachholbedarf in der Integrationspolitik. Die FDP will die individuelle, auch nachholende Integration.</p> <p>Jeder Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen. Unverzichtbare Voraussetzung sind vor allem das Beherrschen der deutschen Sprache, Kenntnis und Achtung unserer Verfassung und deren Grundwerte sowie die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten. [...]</p> <p>Der beste Weg zur Integration ist, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Jeder Mensch, der rechtmäßig oder geduldet in Deutschland lebt, soll das Recht haben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. [...]</p>	<p><b>Integration durch gesellschaftliche Teilhabe</b> Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir die Integration voranbringen und die multikulturelle Realität demokratisch gestalten. Wir wollen Blockaden aufbrechen und Türen öffnen – auch in oberen Etagen und Leistungsfunktionen. Für uns ist Integration der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichem Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Die Gesellschaft muss den sozialen Aufstieg für ihre EinwanderInnen fördern, die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen ermöglichen, vor allem in der Arbeitswelt und Bildung. [...] Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ignorieren noch viel zu häufig die vielfältigen Kompetenzen und Potenziale von MigrantInnen. [...] Der Arbeitsmarkt ist ein Schlüssel zur Integration. Vor Ort entscheidet sich der Erfolg oder Misserfolg von Integrationspolitik. Deshalb wollen wir den Kommunen mehr rechtliche, politische und finanzielle Instrumente in die Hand geben, um Integration zu fördern. Für Integration braucht es gleiche Rechte. Integration ist dabei aber keine Einbahnstraße. Integration bedeutet eine Herausforderung für alle. Auf allen Seiten ist die Bereitschaft zu Dialog und Veränderung notwendig. Dabei ist klar: Bei der Akzeptanz der Grundrechte, der Demokratie und der Freiheit Anderer gibt es keinen kulturellen Rabatt.</p>	

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Sprachförderung</b>	<p><b>II.4</b> [...] Die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen.</p>		<p>Um die sprachliche Integration qualitativ nachhaltig zu verbessern, sind die Integrationskurse stärker nach Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern. Insbesondere für Frauen sind nachholende Integrationsangebote zu machen.</p>	<p><b>8.</b> Die frühere sprachliche Integration aller Kinder ist dabei eine Schlüsselaufgabe.</p>	
<b>Interkulturelle Öffnung</b>		<p>– Interkulturelle Qualifizierung der öffentlichen Verwaltung. Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung wollen wir interkulturell öffnen und den Migrantenanteil der Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen.</p>	<p>Wir brauchen mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung und in den Gesundheitsberufen.</p>	<p><b>11. Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt</b> Um die Potentiale, die junge Migrantinnen haben, sichtbar zu machen, setzen wir uns für die Stärkung von Migrantinnennetzwerken, eine Erhöhung des Migrantinnenanteils im öffentlichen Dienst und erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen, die nicht in Deutschland erworben wurden ein.</p>	
<b>Staatsangehörigkeit</b>	<p><b>II.4</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsbürgerschaft ist – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.</li> <li>– [...] Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Mit CDU und CSU wird es keine Aufweichung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachforderungen geben.</li> </ul>	<p>– Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir – die Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.</p>	<p>Die Integration kann jedoch auch durch doppelte Staatsbürgerschaft gefördert werden, wie die Fälle von gut integrierten Mitbürgern mit Doppelstaatsbürgerschaft zeigen.</p>	<p><b>8.</b> Wir wollen Einbürgerung in Deutschland erleichtern – auch durch die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit und durch Senkung der Gebühren für die Einbürgerung.</p>	<p>2.8 Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein.</p>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>StAG - Optionspflicht</b>	<p><b>II.4</b></p> <p>– In den nächsten zehn Jahren werden rund 300.000 junge Erwachsene entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Wir wollen sie dafür gewinnen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten und Ja zu sagen zu unserem Land. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaft lehnen wir dabei ab. Um festzustellen, ob sich das Optionsmodell bewährt, wollen wir Erfahrungen in der praktischen Anwendung des Optionsrechts sammeln und auswerten. Soweit rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Modells erkennbar werden, wollen wir diese beheben.</p>			<p><b>8.</b></p> <p>Junge Deutsche, die auch noch den Pass eines anderen Staates haben, müssen die deutsche Staatsbürgerschaft behalten dürfen, auch wenn sie nach ihrem 23. Geburtstag die andere Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wollen. Der von der FDP durchgedrückte Optionszwang muss weg.</p>	
<b>Familienzusammenführung</b>		<p>– Ehegattennachzug. Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtern.</p>		<p><b>8.</b></p> <p>Wir wollen den Familiennachzug wieder erleichtern. [...] Wir wollen diese Restriktionen zurücknehmen. Der Schutz von Ehe und Familie und das Recht auf Freizügigkeit dürfen nicht nur für einige Privilegierte gelten. Die Opfer von Zwangsverheiratung brauchen viel mehr Rechte: Wir wollen den Betroffenen aufenthaltsrechtlichen Schutz und ein Recht auf Rückkehr nach Deutschland verschaffen.</p>	<p>2.8</p> <p>[...] Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein.</p>
<b>Integration und Gleichstellung</b>	<p><b>II.4 Vorfahrt für Integration</b></p> <p>– Wir wollen die Teilhabe zugewanderter Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Dafür brauchen wir eine Bildungs- und Ausbildungsinitiative für Migrantinnen. Auch die Aufklärung über Menschenrechte, Bürgerrechte und Sozialrechte und auf die Sensibilisierung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss großes Augenmerk gelegt werden. Frauen mit Migrationshintergrund spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle.</p>				



Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Integration und Gleichstellung</b>	Daher stehen wir Frauen im Integrationsprozess zur Seite und stärken Zuwanderinnen, die sich in einer Notsituation befinden. Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.				
<b>Visa</b>	<b>IV.4</b> – CDU und CSU halten eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei für dringend geboten, um Visumsmissbrauch effektiv zu bekämpfen. Gefälschte und erschlichene Visa für Deutschland und Europa werden von der Organisierten Kriminalität in großer Zahl eingesetzt, um vielfältige Delikte bis hin zu Menschenhandel und Zwangsprostitution zu begehen. Auch besteht die Gefahr, dass so Terrorgruppen Täter einschleusen.				
<b>Erwerbstätigenzuwanderung</b>	<b>II.4</b> – Bislang ist Deutschland viel zu wenig Zielland für die besten Köpfe der Welt. Wir wollen daher die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte aus Deutschland und der Welt steigern. [...]	<b>3. Gute Arbeit sichern</b> <b>Ausbildung und Chance auf berufliches Einkommen</b> – Sicherung des Fachkräftebedarfs. [...] Wir wollen den Arbeitsmarkt für ausländische Akademikerinnen und Akademiker, Absolventen deutscher Auslandsschulen und Bildungsinländer weiter offenhalten. Außerdem werden wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten einschließlich der Sprachförderung und der Anerkennung ihrer ausländischen Qualifizierungen kümmern.	<b>3.</b> Die Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems ist überfällig. Das Auswahlverfahren zielt in erster Linie auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer verschiedenster Berufe, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung unseres Landes zu erwarten ist. Aber auch Fachkräfte aus anderen Kategorien sollten unter zusätzlichen Voraussetzungen eine Chance auf Zuwanderung haben, wenn der Arbeitsmarkt dies speziell erfordert.	<b>1. Anders Wirtschaften</b> <b>Verdrängung regulärer Arbeit in prekärer Beschäftigung stoppen</b> Wir stehen für eine aktive Gestaltung der Arbeitsmigration, weil unsere Wirtschaft sie braucht. Wir wollen, dass die Bundesregierung die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU sofort beendet. Außerdem setzen wir uns bei der Arbeitskräftezuwanderung für ein Punktesystem als flexibles Steuerungsinstrument ein: Zuwanderinnen und Zuwanderer können sich nach klaren Kriterien bewerben, die vom Einwanderungsland nach eigenem Bedarf festgesetzt und angepasst werden können. Mit der Ausweitung der Dienstleistungsfreiheit nimmt die Arbeitsmigration in der Europäischen Union weiter zu. Wir wollen auch die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nur vorübergehend hierher kommen oder von Firmen hierhin	

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
Erwerbstätigenzuwanderung		<p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b></p> <p><b>Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Deutschland muss attraktiver für Fachkräfte werden. Wir müssen und wollen attraktiver für Einwanderer werden. Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Gleichzeitig wollen wir die Menschen, die bereits im Lande sind, in den Arbeitsmarkt integrieren.</li> </ul>		<p>entsandt werden, stärken, um Ausbeutung zu verhindern. Sie haben ein Recht auf Aufklärung über ihre Rechtslage, auf Beratung und Unterstützung. Gleiches gilt für jene, die zwischen Heimatland und Aufnahmeland pendeln. Ihr Aufenthaltsstatus darf weder an einen Arbeitgeber gebunden sein, noch darf die Möglichkeit des Daueraufenthalts von vornherein ausgeschlossen werden.</p> <p>Neue Kultur der Selbständigkeit Darum gehört hierzu auch die Überprüfung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern und die stärkere Öffnung ihrer Gremien für Menschen mit Migrationshintergrund.</p> <p><b>3.</b> Zudem wollen wir das Prinzip der Nachrangigkeit für für MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt keine Chance auf Integration.</p>	

## Flüchtlinge und Asyl

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
Flüchtlingspolitik	<p><b>II.4</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Die Bestrebungen der EU, das Asylrecht EU-weit weitestgehend einheitlich zu regeln, würden zu einer Aufweichung des deutschen Asylkompromisses führen. Wir lehnen sie deshalb ab.</li> </ul>	<p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b></p> <p><b>Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Humane Flüchtlingspolitik. Für die Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland geflüchtet sind, muss gelten, dass wir die humanitären Spielräume konsequent nutzen. Außerdem müssen Flüchtlinge angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen erhalten. Für Opfer von Zwangsheirat wollen wir ein erweitertes Wiederkehrrecht einführen.</li> </ul>	<p>3. [...]</p> <p>Die FDP steht für eine humanitäre Zuwanderungspolitik auf Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Die Zusammenarbeit im Einwanderungs- und Asylbereich auf EU-Ebene darf nicht zu einem Absenken auf das niedrigste Niveau führen.</p>	<p><b>8. Schutz für verfolgte Flüchtlinge</b></p> <p>An Europas südlichen Küsten spielen sich schreckliche Tragödien ab. [...]Wir wollen eine gestaltete Einwanderungspolitik und eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir wollen eine EU, die Menschen wo immer nötig, schützt und nicht abwehrt. Deshalb lehnen wir eine Abschottung der Außengrenzen der EU ab.Obwohl kaum noch Flüchtlinge zu uns gelangen, hat die große Koalition die Abschottung weiter verschärft. Deutschland wird damit seiner humanitären Verantwortung in der Welt nicht gerecht. Das Asylrecht muss für alle Menschen da sein, die seinen Schutz brauchen. Ergänzend zum bestehenden Asylsystem wollen wir ein Resettlement-Programm auflegen – für unsere skandinavischen Nachbarn eine Selbstverständlichkeit.Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die auf der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen</p>	<p><b>2.8 Niemanden ausgrenzen – Politik sozialer Gleichstellung</b></p> <p>[...] Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Es muss sichergestellt werden, dass das Grundrecht auf Asyl wahrgenommen werden kann. [...]</p> <p><b>4.4 Die Humanität einer Gesellschaft misst sich an ihrem Umgang mit Menschen in Not</b></p> <p>DIE LINKE fordert</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– das Asylrecht im Grundgesetz substantiell wiederherstellen; die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen;</li> <li>– geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund umfassend anerkennen: Frauen, die in ihrem Herkunftsland von</li> </ul>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Flüchtlingspolitik</b>				<p>Menschenrechtskonvention beruht. Nach deren Maßstäben ist der Umgang mit Asylsuchenden in unserem Land oftmals nicht menschenwürdig. Man darf Flüchtlinge nicht in Länder abschieben, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden und Gefahr für Leib, Leben und Freiheit droht. Auch können Staaten nicht als sicheres Drittland gelten, wenn sie keinen vollständigen Schutz durch die Genfer Flüchtlingskonvention gewährleisten. Während des Asylverfahrens werden Flüchtlinge einer bestimmten Aufnahmeeinrichtung zugeteilt. Sie dürfen den zugewiesenen Ort im Prinzip nicht verlassen. Diese Residenzpflicht verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit. Sie gehört abgeschafft, ebenso wie "Ausreisezentren" genannte menschenunwürdige Sammelunterkünfte und das Flughafenverfahren, bei dem asylsuchende Menschen bereits am Flughafen festgehalten werden. Die hohe Zahl der Widerrufsverfahren gegen positive Asylbescheide durch das BAMF ist ein humanitärer und integrationspolitischer Skandal. Das ist in dieser Form einmalig in Europa. Wir treten ein für die umfassende Umsetzung der Kinderrechtskonvention in unserem Land und die Rücknahme der deutschen Vorbehalte, die vor allem negative Auswirkungen auf Flüchtlingskinder haben. Noch immer schiebt die Bundesrepublik Kinder und Jugendliche ab, die keine andere Heimat als Deutschland kennen. Diesen Skandal wollen wir beenden. Das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen menschenunwürdigen Bestimmungen muss weg. Seine Sonderregelungen stellen Flüchtlinge unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Wir unterstützen daher den Vorschlag der EU-Kommission, die sozialen Mindeststandards für AsylbewerberInnen zu verbessern und auch ihnen das Recht auf Arbeit schneller zuzugestehen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können. Um dies zu</p>	<p>geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung – bedroht sind, vor Abschiebung schützen;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen: für minderjährige Flüchtlinge das Ausländer- und Asylrecht entsprechend anpassen;</li> <li>– Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen beenden;</li> <li>– auf europäischer Ebene eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik durchsetzen: die Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen; die unfreiwillige Verschiebung von Flüchtlingen nach dem ungerechten Zuständigkeitsprinzip (Dublin II-Verordnung) verbieten, faire Asylverfahren sichern, Sammellager abschaffen sowie geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung, Verfolgung wegen des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung als Asylgrund anerkennen.</li> </ul>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<p><b>Flüchtlingspolitik</b></p>				<p>erreichen, muss die Meldepflicht öffentlicher Stellen an die Ausländerbehörden entfallen. Wir wollen Wege zur Legalisierung des Aufenthalts ermöglichen. Menschen, die nichts weiter getan haben, als in Deutschland Zuflucht zu suchen, sitzen in Abschiebehaft. Wir setzen uns für die Beendigung dieser inhumanen Situation ein. Bis dahin fordern wir zumindest die Einhaltung menschenrechtlicher Standards, keine Inhaftierung besonders Schutzbedürftiger, die Trennung von Strafhaft und Zivilhaft und die Begrenzung der Abschiebehaft auf einen so kurzen Zeitraum wie möglich, aber maximal 6 Monate. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen schätzt, dass zurzeit circa 25 Millionen Menschen als Folge von Umweltkatastrophen im eigenen Land auf der Flucht sind, die dort ihre Lebensgrundlage verloren haben. Mit den stärkerwerdenden Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels wird diese Zahl dramatisch steigen.</p>	
<p><b>Kettenduldung, Bleiberecht</b></p>		<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kettenduldungen vermeiden. Mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz wurde die Duldung zwar nicht gänzlich abgeschafft, aber für Geduldete der erste Schritt für den Übergang in einen gesicherten humanitären Aufenthalt gemacht. Ergänzt wurden die Regelungen zum humanitären Aufenthalt mit der erfolgreichen Bleiberechtsregelung 2007. Wir setzen uns für die Abschaffung der Kettenduldungen ein – kann der Aufenthalt aus humanitären Gründen nicht beendet werden, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden.</li> </ul>		<p>Wir wollen eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen, die bislang nur geduldet wurden. Nur so erhalten sie endlich eine sichere Zukunftsperspektive. Die von der großen Koalition beschlossene Bleiberechtsregelung wird dem nicht gerecht, weil sie zu viele Ausschlussgründe sowie kleinliche bürokratische Bedingungen enthält, die von den meisten Geduldeten nicht erfüllt werden können. Die Drittstaatenregelung ist inhuman. Wir setzen uns für ein Recht auf Asyl im Grundgesetz ein, das seinen Namen auch verdient.</p>	<p><b>4.4</b> DIE LINKE fordert: [...]</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– benachteiligende Regelungen und Gesetze aufheben: Kettenduldungen beenden; Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht abschaffen;</li> <li>– länger hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – ein gesichertes Bleiberecht gewähren;</li> </ul>

## Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<p><b>1.2 In Deutschlands Zukunft investieren</b></p> <p><b>Mittelstand stärken</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Eine einfachere und bessere Gesetzgebung hilft besonders mittelständischen Unternehmen, Wachstumspotenziale zu nutzen. [...] Wir werden EU-Richtlinien wettbewerbsneutral („1 zu 1“) umsetzen, damit Unternehmen am Standort Deutschland kein Wettbewerbsnachteil entsteht. Weitere Antidiskriminierungsvorgaben der EU lehnen wir ab. [...]</li> </ul>	<p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b></p> <p>Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung. Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität bekämpfen wir.</p> <p><b>Teilhabe und Einbeziehung von Menschen mit Behinderung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Teilhabe und Einbeziehung in allen Lebensbereichen. [...] Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns Grund, die Reformen von Rehabilitation, Teilhabe und Gleichstellung konsequent fortzusetzen und das Antidiskriminierungsrecht auf europäischer und nationaler Ebene weiterzuentwickeln.</li> </ul> <p><b>15. Ein starkes und soziales Europa</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Für Gleichstellung, gegen Diskriminierung. Mit einer ambitionierten Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung wollen wir Europa zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit machen. Die Rechtsetzung der Europäischen Union auf dem Gebiet der Anti-Diskriminierung gilt es in Richtung eines umfassenden Schutzes weiterzuentwickeln.</li> </ul>	<p><b>3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</b></p> <p><b>Toleranz und Respekt durch eine Politik der Vielfalt fördern</b></p> <p>Die FDP will mehr als Antidiskriminierungsgesetzgebung. Wir wollen eine neue Kultur der Vielfalt in der Gesellschaft. Wir begrüßen daher betriebliche „Diversity-Strategien“, die Unterschiede zwischen Arbeitnehmern als innovations- und kreativitätsfördernd schätzen. Vielfalt wert zu schätzen heißt allerdings nicht, alle Menschen einfach gleich zu behandeln. Gleichmacherei wird den unterschiedlichen Talenten und Bedürfnissen der Individuen in keiner Weise gerecht, sondern verhindert die gezielte bedarfsgenaue Förderung.</p>	<p><b>1. Gleichberechtigung durchsetzen, Vielfalt fördern</b></p> <p>Vielfalt in der Belegschaft ist ein positiver Faktor. Wir wollen eine Unternehmenskultur fördern, die frei von Vorurteilen ist und „Diversity Management“ fördert. Wenn Beschäftigte Diskriminierungen befürchten, dann verlieren sie Ihre Motivation. Viele Unternehmen und öffentliche Institutionen machen längst die Erfahrung, dass eine bunte Belegschaft produktiv ist. Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen, Junge und Alte, Homosexuelle und Heterosexuelle, Menschen mit und ohne Behinderung, Frauen und Männer tragen gemeinsam zum Erfolg bei. ...</p> <p>Vermeintlich weiche Standortfaktoren werden im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts zur Grundlage von Unternehmensentscheidungen und müssen darum zentrales Thema regionaler Wirtschaftsförderung werden.</p> <p><b>8.</b></p> <p>Diskriminierung ist Gift für das gesellschaftliche Klima. Wir GRÜNE stehen für die Anerkennung von Verschiedenheit, für Respekt und Gleichberechtigung jedes Menschen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. [...] Wir wollen deshalb auch im kritischen Dialog mit den betreffenden Institutionen dafür eintreten, dass bestehende Diskriminierungen gemeinsam bekämpft werden. Dem allgemeinen Arbeitsrecht widersprechende Diskriminierungen müssen aufgehoben werden. In einigen Bereichen gibt es wegen des Tendenzschutzes noch Probleme. Dafür wollen wir Lösungen finden.</p> <p><b>Gegen Diskriminierung</b></p> <p>In unserer Gesellschaft wird eine Vielfalt von Lebensentwürfen gelebt: Um Vielfalt zu ermöglichen und Menschenrechte zu garantieren, darf niemand wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der rassifizierten Zuschreibungen, einer Behinderung, des Alters oder</p>	<p><b>3.6 Ohne Gleichstellung bleibt die Demokratie unvollständig</b></p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– aktive Anti-Diskriminierungspolitik ermöglichen: im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ein echtes Verbandsklagerecht verankern; unabhängige Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ermöglichen, diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abkoppeln und mit verbindlichen Rechten ausstatten;</li> <li>– eingetragene Lebenspartnerschaften rechtlich gleichstellen; [...]</li> </ul> <p><b>5.4 Deutschland in Europa: Für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union</b></p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <p>die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen, Diskriminierungsschutz ausbauen: Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität europaweit ausschließen;</p>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
				<p>der sexuellen Identität benachteiligt werden. Dieses Diskriminierungsverbot haben wir für die Arbeitswelt, das Geschäfts und Alltagsleben politisch weitgehend durchgesetzt. Union wie FDP kämpfen bis heute dagegen an – in Deutschland wie auf europäischer Ebene. Sie verstehen Freiheit vor allem als Ellenbogenfreiheit und glauben, dass der Markt schon für Gleichberechtigung sorgen wird. Die Große Koalition blockiert zudem in Brüssel eine umfassende und starke europäische Antidiskriminierungspolitik. Diese unverantwortliche Anti-Menschenrechtspolitik wollen wir aufbrechen. Öffentliche Zuwendungen und Aufträge müssen an die Einhaltung der Diskriminierungsverbote geknüpft werden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes werden wir aus ihrem Dornröschenschlaf wachküssen. Wir meinen die Freiheit, ohne Angst anders sein zu können, und die gleichen Chancen und Rechte zu haben. Wir stehen für eine Politik der Vielfalt und für klare Kante gegen Diskriminierung.</p>	

## Gesellschaft und Kultur

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Gesellschaft</b>	<p><b>II.6 Zur aktiven Bürgergesellschaft ermutigen</b>            CDU und CSU wollen, dass die Gesellschaft in Deutschland ein menschliches Gesicht zeigt und behält. Das ehrenamtliche Engagement und der bürgerschaftliche Einsatz vieler Frauen und Männer bereichern unsere Gesellschaft. Freiheit und Verantwortungsbereitschaft gehören zusammen. [...]            – Das bürgerschaftliche Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Wir wollen es daher besonders fördern. ... Über den Sport wollen wir weitere Verbesserungen bei der Integration</p>	<p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b>            Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung.</p>	<p><b>3. Mehr Bürgerfreiheiten durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</b>            Freiheit braucht Engagement und muss vor einem regelungswütigen Staat geschützt werden. Freiheit braucht Vertrauen. Vertrauen in eine Gesetzgebung, die den Bürgern nicht mit generellem Misstrauen begegnet und alle unter Generalverdacht stellt. Freiheit braucht Respekt und Toleranz. Respekt vor der Entscheidung, wie man sein Leben lebt. Toleranz zwischen Minderheiten und Mehrheiten.</p>		<p><b>3. Für eine gerechte zukunfts offene Gesellschaft</b>            Um zu entscheiden, wie wir morgen leben wollen, benötigen wir die Chance auf interkulturelle Erfahrungen, Gleichstellung und Toleranz.</p>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Gesellschaft</b>	von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland erreichen.				
<b>Nationale Minderheiten</b>				Wir Grüne setzen uns für die Gleichstellung der nationalen Minderheiten an die Mehrheitsbevölkerung ein. Deshalb fordern wir Kultur- und Bildungsinstitutionen der Sinti und Roma, sowie sorbischen, dänischen und friesischen Minderheit gleichberechtigt finanziell zu fördern. Wir wollen, dass der Schutz der 4 nationalen Minderheiten in Deutschland durch das Grundgesetz garantiert wird.	<b>3.5 Kulturelle Grundlagen einer dialogfähigen, gerechten Gesellschaft sichern</b> In Bezug auf die hier lebenden ethnischen Minderheiten muss sich deutsche Politik endlich an den internationalen Maßstäben ausrichten. Egal, ob seit Jahrhunderten hier beheimatet, wie Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben (Wenden), oder erst vor einigen Jahrzehnten zu uns gekommen, wie Kurden, Türken oder Italiener, sie alle müssen ohne Diskriminierung hier leben können und gleiche Chancen wie Deutsche haben. Für die angestammten Minderheiten gelten zudem die Maßstäbe der europäischen Minderheitenabkommen.
<b>Aussiedler</b>	<b>III.1 Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln</b> – CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen. Wir sehen eine besondere Verantwortung für die Aussiedler ... Wir treten für das im Grundgesetz garantierte Recht zur Aussiedlung nach Deutschland ein. Wir halten an der gesetzlichen Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgeschicksals für die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion fest. [...]				
<b>Kultur</b>	<b>II.5 Kulturation: Identität pflegen – Kreativität entfalten</b> Deutschland ist eine europäische Kulturation. Das reiche Erbe, das aus der Vielfalt der Länder und Regionen in Deutschland resultiert, prägt unsere nationale Identität. – Wir wollen, dass die nationale Identität und die kulturelle Vielfalt in Europa stärker berücksichtigt werden.	<b>12. Kultur und Medien</b> – Kultur für alle. Jeder Mensch soll Zugang zu Kultur haben, denn kulturelle und mediale Spaltung führen zu sozialer Spaltung. Kultur und Bildung ermöglichen Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönliche Entfaltung. Sie sind gerade in unserer Einwanderungsgesellschaft zugleich ein wichtiges Element der Integration und Gemeinsamkeit.	<b>Kultur von allen</b> Die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 ist eine in jeder Hinsicht nie da gewesene Katastrophe der deutschen Geschichte. Das Gedenken an und die Aufklärung über die unvorstellbaren Gräueltaten des Nationalsozialismus gilt es unvermindert und mit Nachdruck zu bewahren.	<b>12. Vorsicht Kultur</b> <b>Kultur für Stadt und Land</b> Kultur ist Lebensqualität. In großen Städten wie auch auf dem Land sind öffentliche Kultureinrichtungen bedroht. [...] Wir setzen uns für eine lebendige Kultur ein, und dafür, dass keine Region im Zuge des demografischen Wandels kulturell abgehängt wird. Die Balance zwischen den unterschiedlichen	<b>3.5 Kulturelle Grundlagen einer dialogfähigen, gerechten Gesellschaft sichern</b> [...] DIE LINKE unterstützt eine umfassende Förderung der kulturellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft. Dazu gehört der Erhalt barrierefreier öffentlicher Räume für Soziokulturen, Bibliotheken und Musikschulen, die Förderung freier Szenen und kleiner und mittlerer Unternehmen der Kulturwirtschaft.

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Kultur</b>		Wir werden eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten. Öffentliche Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, aber auch Museen, Theater und Kinos müssen als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt und gefördert werden. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden.		<p>Kulturen, Angeboten, Institutionen muss deutlicher austariert werden. [...] Gerade junge Menschen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden sondern brauchen öffentliche Räume für ihre Kreativität. Im Hinblick auf steigenden Rechtsradikalismus und Gewalt unter Jugendlichen bedeutet die Bereitstellung und stärkere finanzielle Förderung von kulturellen Angeboten eine notwendige soziale Prävention und ist damit eine nachhaltige Investition.</p> <p><b>Kultur für alle</b> Kunst- und Kultur müssen für alle Mitglieder unserer Gesellschaft erreichbar sein – unabhängig von sozialer Stellung, kultureller Herkunft oder jedweder Behinderung. Barrieren gibt es viele. Für die einen sind es die hohen Eintrittsgelder oder -gebühren für die anderen unüberwindliche Schwellen, kontrastarme Beschriftungen, nicht verständliche Sprache bei den Beschreibungen und anderes mehr. Wir wollen für diese Probleme sensibilisieren und setzen uns dafür ein, dass im Kunst- und Kulturbetrieb wo immer möglich Barrieren abgebaut werden.</p>	[...] DIE LINKE fordert mehr Pluralismus bei der historischen Verortung der deutschen Gesellschaft. Das Gedenkstättenkonzept des Bundes sollte deshalb dezentrale Strukturen, die politische und inhaltliche Unabhängigkeit der Gedenkstätten und deren wissenschaftliche Fundierung befördern. Wer undifferenziert von den beiden deutschen Diktaturen spricht, verharmlost die Verbrechen des Faschismus. Die kritische Aneignung der ost- und westdeutschen Nachkriegsgeschichte ist ohne den geschichtlichen Kontext, der zur Machtübernahme der Nazis 1933 sowie zur Spaltung Deutschlands nach 1945 führte, nicht zu leisten.
<b>Demokratie Grundgesetz</b>		<p><b>13. Mehr Demokratie wagen</b> Vor 60 Jahren ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Das Grundgesetz, seine Wertorientierungen und Rechte bestimmen die zentralen Prinzipien des Zusammenlebens in unserem Land. Es formuliert die Grundlagen unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Und es enthält den dauerhaften Auftrag, immer wieder zu überprüfen, ob unsere Gesellschaft diesen Grundsätzen noch gerecht wird. Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das bezieht sich ausdrücklich auf alle Menschen. Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar. Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.</p>			<p><b>4.1 Rechtsstaat und Sozialstaat – Alternativen zum Sicherheitsstaat</b> Das Grundgesetz bestimmt Deutschland als demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen soll oberstes Gebot allen staatlichen Handelns sein.</p>



Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Kommunales Wahlrecht</b>	<p><b>II.4</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab, denn es eröffnet keine volle Partizipation als Bürgerin oder Bürger. Stattdessen werben wir dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen. ...</li> </ul>	<p><b>13.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kommunales Wahlrecht ausweiten. Für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, die seit 6 Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.</li> </ul>		<p><b>8.</b></p> <p>Wir setzen uns für die verstärkte politische Teilhabe von MigrantInnen ein. Dazu gehört ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen, entsprechend der für EU-Bürger geltenden Fristen.</p> <p><b>9. Parteien öffnen</b></p> <p>Wir GRÜNE wollen eine Parteikultur, die Frauen und Männer zur Mitarbeit und zur Debatte einlädt, anstatt sich abzuschotten. In diesem Kontext ist es angesichts des demografischen Wandels und seinen weitreichenden Folgen absolut unerlässlich, auch Menschen mit Migrationshintergrund gezielt dazu zu motivieren, parteipolitisch zu partizipieren.</p>	<p><b>2.4 Demokratisierung der Demokratie</b></p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Wahlrecht ausbauen: aktives und passives Wahlrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben; das Wahlalter auf 16 Jahre absenken;</li> </ul> <p><b>2.8 Niemanden ausgrenzen – Politik sozialer Gleichstellung</b></p> <p>DIE LINKE setzt sich für das aktive und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, [...]</p>
<b>Religion / Islam</b>	<p><b>II.4</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime“ wurde im Jahr 2006 die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen. Sie ist die Plattform für einen dauerhaft angelegten Dialog zwischen Staat und Muslimen in unserem Land. Wir wollen diesen erfolgreichen Dialog fortsetzen, der auch die Differenzen zwischen den Partnern nicht ausklammert und bereits einen wertvollen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet.</li> </ul> <p><b>II.3 Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– [...] CDU und CSU treten dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden. [...]</li> </ul>	<p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b></p> <p><b>Solidarische Bürgergesellschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kirchen und Religionsgemeinschaften. Eine solidarische Bürgergesellschaft ist ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.</li> </ul>	<p><b>3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</b></p> <p>Während der Islam als Religion sehr wohl mit dem Grundgesetz kompatibel ist, lehnt der Islamismus als politisch motivierte Ideologie Demokratie, Marktwirtschaft, Pluralismus und Menschenrechte ab. Der Islamismus ist somit weder mit dem Grundgesetz noch mit den Überzeugungen der FDP vereinbar. Wir Liberale treten religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen und stärken damit auch prodemokratische religiöse Organisationen und Einzelpersonen.</p> <p><b>Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht einschränken</b></p> <p>Die Freiheit, einen religiösen Glauben persönlich zu leben und öffentlich zu bekennen oder dies nicht zu tun, gehört zu den Grundsätzen der Liberalen. Toleranz und Respekt vor der Glaubensüberzeugung des Anderen gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein gedeihliches und friedliches Miteinander in Staat und Gesellschaft. Die FDP setzt auf die Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften durch den Staat. Entscheidend ist, dass das Menschen-</p>	<p><b>8. Islam gleichstellen – Islam integrieren</b></p> <p>Heute ist der Islam die zweitgrößte religiöse Gruppe in Deutschland. Mit der Einwanderung der letzten Jahrzehnte kamen nicht nur Arbeitnehmer, es kamen auch Millionen Gläubige, die nicht den christlichen Kirchen oder der jüdischen Religion angehören. Das Grundgesetz garantiert auch ihnen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichberechtigt individuelle und kollektive Religionsfreiheit. Selbstverständlich dürfen muslimische Religionsgemeinschaften auch repräsentative Moscheen errichten. Wir GRÜNE werden dieses Recht gegen Angriffe von Rechts auf die Religionsfreiheit immer aktiv verteidigen. Islamfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen.</p> <p>Integrationspolitisch ist die Ausbildung von islamischen Geistlichen und Religionslehrern in Deutschland notwendig. [...] Bund und Länder müssen endlich mit muslimischen Organisationen eine verbindliche Vereinbarung treffen, wie man innerhalb des geltenden Religionsverfassungsrechts zu einer oder mehreren anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften kommt. Schon jetzt</p>	

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Religion / Islam</b>	<p><b>IV.4</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wachsamkeit ist auch gegenüber dem Extremismus islamistischer Gruppen geboten, der sich regelmäßig mit Antisemitismus verbindet. Wir werden nicht zulassen, dass Deutschlands freiheitliche Grundordnung durch islamistische, an der Scharia orientierte Ordnungsvorstellungen ausgehöhlt wird. Wir werden für eine konsequente Überwachung und Sanktionierung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamistischen Zeitungen, Büchern und Webseiten sorgen.</li> </ul> <p><b>IV.3 Starkes Europa – Sichere Zukunft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest, dieses Werteverständnis auch mit einem Gottesbezug im EU-Vertrag deutlich zu machen.</li> </ul>		<p>Gesellschaftsbild der jeweiligen Religionsgemeinschaft die Werteordnung der Verfassung achtet.</p> <p>Die Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen positiven Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Immer noch bestehende Vorurteile gilt es abzubauen. Häufig bildet Unwissen den Nährboden für Vorurteile. Es ist Aufgabe der Länder, in den jeweiligen Lehrplänen für Curricula zu sorgen, die Vorurteile gegenüber Religionen abbauen, indem sie umfassend über diese informieren. Im Hinblick auf die gewünschte Einbindung nichtkirchlicher Religionen sollen im Sinne der Gleichbehandlung im Einvernehmen mit den betroffenen Religionsgemeinschaften rechtliche Regelungen gesucht werden.</p>	<p>sind viele Bausteine der Gleichstellung des Islams auf Landesebene und in den Kommunen umsetzbar: von der Einrichtung islamischer Friedhöfe bis hin zur Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen – einiges davon ist heute schon realisiert.</p> <p>Integration des Islam ist mehr als formale Gleichstellung. Und es reicht auch nicht, eine Deutsche Islam-Konferenz einzurichten, die keinerlei verbindliche Ergebnisse erzielt. Von allen religiösen Organisationen, die eine vertiefte Kooperation mit dem Staat anstreben, erwarten wir, dass sie sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Wir begreifen die islamischen Organisationen schon jetzt als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und verbinden unsere Unterstützung für die Gleichberechtigung mit Erwartungen an die gesellschaftliche Verantwortung der Verbände und Vereine. Wir erwarten von ihnen ein aktives Eintreten für die Religionsfreiheit von Nichtmuslimen, für die Freiheit des Religionswechsels und für volle Selbstbestimmungsrechte der Frauen. Wer eine Frau oder ein Mädchen unter Druck setzt, dass sie ein Kopftuch oder bestimmte Kleidung trägt oder nicht trägt, verletzt ihr Recht auf Selbstbestimmung. Ebenso zählt zur Integration ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus sowie die Verurteilung der Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle. [...]</p>	

## Innere Sicherheit

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Jugendkriminalität – Migration</b>	<p><b>IV.1 Freiheit und Sicherheit für Bürger</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Kinder- und Jugendkriminalität nimmt immer brutalere Formen an. Die Täter werden immer jünger. Kinder- und Jugendkriminalität können nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz frühzeitig und konzeptionell zusammenwirken.</li> </ul>	<p><b>10. Sicher leben in Deutschland</b></p> <p><b>Mehr Sicherheit im Alltag</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Konsequent gegen Kriminalität und Gewalt, aber auch hart gegen ihre Ursachen. Ungleiche Lebenschancen, Perspektivlosigkeit, mangelnde Bildung, gesellschaftliche Benachteiligung sind Ursachen von Kriminalität. Junge</li> </ul>	<p><b>3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</b></p> <p>Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität setzt die FDP auf eine Politik der Vernunft und nicht auf Populismus. Das breite Instrumentarium des Jugendstrafrechts muss dazu konsequent angewendet werden. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Die FDP ist für</p>		<p><b>4.3 Die Bürgerrechte schützen</b></p> <p>Terrorismus, organisierte Kriminalität und Gewaltverbrechen sind ernste Bedrohungen für das friedliche Zusammenleben. Sie schaffen in Klima der Angst, fördern Misstrauen und lähmen gesellschaftliche Aktivität.</p>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Jugendkriminalität – Migration</b>	<p>Der Rechtsstaat muss wachsam bleiben, falls erforderlich gesetzlich nachjustieren und entschlossen mit jungen Straftätern umgehen. Dazu gehört auch, dass Sanktionen rasch spürbar sein müssen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir wollen, dass das Jugendstrafrecht differenziertere Sanktionen vorsieht, um noch besser auf den einzelnen Täter einwirken zu können. [...] Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen.</li> <li>– Für uns gilt: Wer in Deutschland lebt, muss sich auch an unsere Regeln halten. Zur Abwehr der Gefahren durch kriminelle Ausländer und durch Terrorismusverdächtige wollen wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können. Dies soll auch bei ausländischen jugendlichen Intensivtätern möglich sein. Ein Aufenthaltstitel soll bei einer rechtskräftigen Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten zum mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe kraft Gesetzes erlöschen. Ein neuer Ausweisungstatbestand soll für massiv integrationsfeindliches Verhalten geschaffen werden – wie etwa die Erziehung zur Gewalt oder die Misshandlung Schutzbefohlener.</li> </ul>	<p>Menschen aus Einwandererfamilien sind davon oft besonders betroffen. Eine gute Bildungs- und Integrationspolitik ist daher auch Sicherheitspolitik. Wir ächten jede Form von Gewalt und setzen auf präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt. Hierzu gehört der verstärkte Einsatz von Street-Workerinnen und -Workern und Schul-Sozialarbeiterinnen und -Sozialarbeitern. Den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Jugendkriminalität schnell bestrafen. Werden Jugendliche kriminell, muss die Sanktion der Tat „auf dem Fuß“ folgen. Jugendstrafverfahren müssen rasch eröffnet und eine verhängte Strafe muss umgehend vollstreckt werden. Nur dann wird den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe klar und kann erzieherische Wirkung des Jugendstrafrechts wirksam werden. Bloßes Wegsperrern auf Basis des Erwachsenenstrafrechts lehnen wir ab.</li> </ul>	<p>den Ausbau der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten auf Fehlverhalten Jugendlicher durch den Warningschussarrest. [...] Besonders wichtig ist der Ausbau der Prävention. Die FDP will die Ursachen für die Kinder- und Jugendkriminalität beseitigen. Notwendig ist auch eine bessere Vernetzung von Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Schule vor Ort.</p>		
<b>Gewalt gegen Frauen und in Familien</b>	<p><b>II.1 Gleichberechtigung von Männern und Frauen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Wir wollen die Zugangsschwelle gewaltbetroffener Frauen zu Hilfsangeboten senken und ihnen durch die Einrichtung einer bundesweiten Notruftelefonnummer die Erstberatung anbieten.</li> </ul>	<p><b>8. Die soziale Gesellschaft im Wandel</b></p> <p><b>Gleichstellung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bekämpfung von Gewalt. Gewalt gegen Frauen, die Verletzung ihrer Menschenwürde, Ausbeutung und Frauenhandel werden wir nicht dulden – sie zerstören das Zusammenleben und den inneren Frieden.</li> </ul>		<p><b>11.</b></p> <p><b>Schutz vor Gewalt</b></p> <p>Auch in Deutschland sind viele Mädchen, die durch Flucht oder Migration hierher kommen, von Genitalverstümmelung betroffen. Wir wollen die ausdrückliche Aufnahme dieser Menschenrechtsverletzung ins Strafgesetzbuch und eine umfassende Informationskampagne. Zur Bekämpfung von</p>	<p><b>4.2 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt</b></p> <p>DIE LINKE fordert</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– häusliche Gewalt entschieden bekämpfen: [...]</li> <li>– Zukunftschancen für von Gewalt betroffene Frauen ermöglichen: [...]</li> <li>– wirksamen Schutz vor Zwangsverheiratungen schaffen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem ersten Tag der</li> </ul>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Gewalt gegen Frauen und in Familien</b>	<p><b>II.4 Vorfahrt für Integration</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Zwangsverheiratungen ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir einen eigenständigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Die sexuelle Ausbeutung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution muss unter Strafe gestellt werden.</li> </ul>	<p><b>10. Mehr Sicherheit im Alltag</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gewalt in Familien brandmarken. „Häusliche Gewalt“ ist weder ein Tabu-Thema noch „Privatsache“, sondern kriminelles Unrecht. Wir wollen daher eine konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.</li> </ul>		<p>Frauenhandel und Zwangsprostitution wollen wir die Opfer stärken. Nur wenn wir sie unterstützen, ihnen Zeuginnenschutz, ein dauerhaftes Bleiberecht, ihnen Schutz und Perspektiven bieten, werden sie bereit sein, gegen die TäterInnen auszusagen. Und in den meisten Fällen sind die Aussagen der Opfer die wichtigste Grundlage, um die TäterInnen verfolgen und verurteilen zu können. Die Gewinne aus Frauen- und Menschenhandel müssen beschlagnahmt und den Opfern zugute kommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ehe und Rückkehrrecht für ins Ausland zwangsverschleppte Frauen einführen; die diskriminierenden Deutsch-Tests für einreisewillige Ehegatten wieder abschaffen;</li> <li>den Opferschutz beim Menschenhandel an erste Stelle setzen: Aufenthalts- und soziale Rechte der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution stärken; Opferschutz nicht an die Aussagebereitschaft der Frauen koppeln und unabhängige anonyme Beratungsstellen schaffen.</li> </ul>

## Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Rechtsextremismus</b>	<p><b>III.1 Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wir erinnern an den Nationalsozialismus und seine grauenhaften Verbrechen, die millionenfach Tod und Leid über die Welt gebracht und vor allem mit der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa eine unauslöschliche Mahnung hinterlassen haben. Diese Erinnerung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen ist um so wichtiger, als bald keine Zeitzeugen mehr von ihren Schicksalen berichten können.</li> </ul> <p><b>IV.1 Freiheit und Sicherheit für Bürger</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wir treten Extremisten aller Art entschlossen entgegen. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. [...] CDU und CSU unterstützen weiterhin die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Organisationen durch den Verfassungsschutz.</li> <li>Der Umfang rechtsextremer Straftaten ist zunehmend besorgniserregend. Die Ursachen für rechtsextreme</li> </ul>	<p><b>13. Mehr Demokratie wagen</b></p> <p><b>Starke Demokratie – Bekämpfung des Rechtsextremismus</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verfolgen wir einen vielfältigen Ansatz: Von einer Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schule, Jugendarbeit und Bildungsarbeit über arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden bis hin zu besonderen Aktivitäten für Städte und Stadtteile, in denen vermehrt Rechtsextreme auftreten. Im politischen Diskurs dulden wir keine rassistischen oder antisemitischen Parolen und Stereotype.</li> </ul>	<p><b>3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz</b></p> <p><b>Extremismus und Antisemitismus konsequent entgegnet</b></p> <p><b>Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet.</b></p> <p>Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage. Beide behaupten, im Besitz letzter Wahrheit zu sein und lehnen das demokratische Ringen um die richtigen Antworten ab. Die FDP bekämpft politischen Extremismus jeder Art. Das Engagement für Freiheit und Demokratie wird dann gestärkt, wenn demokratische Parteien ein gutes Vorbild geben. Politische Kontroversen dürfen nicht populistisch verpackt werden, genauso wenig wie Ressentiments gegen Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft befördert werden dürfen. [...] Außerdem müssen in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus wesentlich stärker als bisher Ursachen und Handlungsweisen bekämpft werden.</p>	<p><b>8. Aufstehen gegen Rechtsextremismus</b></p> <p>Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie ist auch ein Kampf für unsere Demokratie. [...] Immer wieder rütteln brutale Überfälle durch Rechtsradikale die Öffentlichkeit auf, aber hunderte andere Gewalttaten im Jahr werden höchstens in einer Randnotiz in den Zeitungen erwähnt. Und braunes Gedankengut ist auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Das können wir als Gesellschaft nicht länger hinnehmen! Wir müssen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Wir müssen rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus und Antisemitismus ächten und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. Ein zentraler Punkt ist dabei die Information über die Verbrechen der Nazizeit – in Schulen, Medien, durch Gedenkort wie die ehemaligen Konzentrationslager, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und weitere Gedenkort für Sinti und Roma, Euthanasieopfer und Homosexuelle.</p>	<p><b>4.5 Den Feinden der Demokratie entschieden entgegen treten</b></p> <p>Die Gründe für das Entstehen rechtsextremer Haltungen sind vielfältig: Sie entstehen immer wieder neu aus Vorurteilen, Entdemokratisierung und Entsolidarisierung und werden begünstigt durch die soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft und Demokratiedefizite. Der Aufschwung rechtsextremer Parteien und die Verbreitung rechtsextremer Ideen dürfen nicht verharmlost oder gar als verständliche Reaktion auf gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt werden. Der immer wiederkehrenden Kriminalisierung von Protest und Widerstand gegen Rechts – nicht zuletzt bei Aufmärschen – muss ein Ende gesetzt werden.</p> <p>DIE LINKE fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen und konsequent ahnden: bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Gewalt anerkennen und fördern; die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Bundesministerien und von</li> </ul>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>Rechtsextremismus</b>	Einstellungen zu beheben, ist erklärtes Ziel von CDU und CSU. Nur durch langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention wird die Ausbreitung rechtsextremistischer Gedankenguts verhindert. [...]			Wir müssen rechtsextremistische Strukturen transparent machen und ihnen den finanziellen Nährboden entziehen.  Polizei und Justiz müssen für rechtsextreme Strukturen sensibilisiert werden und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Rechtsextremen die Arbeit zu erschweren.	Bund und Ländern durch eine „Beauftragte des Deutschen Bundestages für Demokratie und Toleranz“ koordinieren;
<b>Förderprogramme</b>	<b>IV.4</b> – [...] Wir werden die Unterstützung der bürgerschaftlichen Projekte, die Arbeit der demokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend (RPJ) und Aussteigerprogramme gegen Extremismus weiterentwickeln und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Ausstiegsprogramme werden wir konsequent weiter fördern.	– Kontinuität und Vielfalt beim Engagement gegen Rechtsextremismus. Wir verstehen Rechtsextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen daher die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verstetigen und das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig und kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts spätestens in der nächsten Legislaturperiode in eine Bundesstiftung überführen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln.	Gleichzeitig plädieren wir für differenzierte Strategien. Die FDP fordert, dass Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, besonders bei Jugendlichen, verstärkt werden. Dazu schlagen wir eine Drei-Säulen Initiative vor: Eine Intensivierung der Programme für den Ausstieg gewaltbereiter und gefährdeter Jugendlicher; Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich schulischer und beruflicher Qualifizierung; Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit.	Wir brauchen attraktive demokratische Netzwerke, die Gegenangebote machen. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen Opfern und werben öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Menschen, die diese – oftmals ehrenamtliche – Arbeit machen, verdienen unseren ganzen Respekt. Aber für ihre Arbeit brauchen sie auch eine solide und dauerhafte finanzielle Unterstützung.	– eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einrichten: die Beobachtung von NPD und Nazistrukturen nicht nur dem Verfassungsschutz überlassen; mobile Beratungsteams, Exit-Angebote und andere öffentliche Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärken und finanziell absichern; entsprechende Bildungsarbeit in Schule, Ausbildung und Politik fördern;
<b>Opferschutz</b>		– Schutz der Opfer. Wir werden die Beratungsangebote zum Schutz von (potentiellen) Opfern ausbauen, sowie die Vernetzung und Unterstützung der Aktiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus verbessern.		Zum Kampf gegen Rechtsextremismus gehört schließlich auch das entschlossene Eintreten für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung. Wir brauchen in der Fläche mobile Opferberatungsteams, die verhindern, das Opfer rechtsextremer Straftaten sich aus Angst aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.	
<b>NPD-Verbot</b>		– Verbot der NPD. Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich demokratischen		Auch wenn es kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus ist, wollen wir ein neues NPD-Verbotsverfahren prüfen	– NPD verbieten und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus offensiv führen: den Einsatz von V-Leuten der Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>NPD-Verbot</b>		Grundordnung aufweist. Deshalb muss das Verbot der NPD angestrebt werden.			beenden; Parteien und Organisationen, die das Lebensrecht anderer bestreiten, nationalsozialistisches Gedankengut wiederbeleben und die Demokratie abschaffen wollen, bekämpfen und ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einleiten.
<b>Antisemitismus</b>			<b>Antisemitismus gilt es konsequent zu bekämpfen.</b> Jahr für Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Menschen jüdischen Glaubens richten. Grund zur Sorge gibt auch das hohe Ausmaß an latentem Antisemitismus. Die FDP macht sich für eine Bekämpfung des Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft stark.		

## Menschenrechte

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<p><b>IV.2 Internationale Sicherheit festlegen</b> CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung der Menschenwürde, für Freiheit und Frieden, für Freundschaft mit unseren Nachbarn und für Bündnistreue und das Eintreten für die Interessen Deutschlands. [...]</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wir werden weltweit konsequent und erkennbar für die Werte einstehen, die Deutschland mit seinen Partnern verbinden. Deutschland muss eine einflussreiche Stimme für Recht, Freiheit und Menschenrechte bleiben.</li> </ul> <p><b>IV.4 Konsequent für Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit</b> Für CDU und CSU basieren Entwicklungspolitik und das Engagement für die Menschenrechte auf unserem christlichen Menschenbild [...]</p>	<p><b>14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Menschenrechte stärken. Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte, Solidarität und Demokratie gehören zusammen. Menschenrechtspolitik ist auch Friedenspolitik. Wir wollen die Menschenrechtssysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarats weiter stärken.</li> <li>Frauenrechte stärken. Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Frauen ein. Frauen sind die entscheidenden Akteurinnen der Entwicklung. Wir wollen den Kampf gegen die Genitalverstümmelung fortsetzen und weltweit helfen, Gewalt gegen Frauen zu beenden.</li> <li>Menschenrechtsdialoge ausbauen. Das Instrument der Menschenrechtsdialoge wollen wir national wie europäisch ausbauen. Nur wenn wir im Dialog auch</li> </ul>	<p><b>6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt</b></p> <p><b>Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern</b> Die Glaubwürdigkeit Deutschlands steht in direktem Zusammenhang mit dem konsequenten Eintreten für die Menschenrechte in der Außenpolitik. Ihre Einhaltung ist das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes. Körperliche und geistige Unversehrtheit, Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Freiheit von Diskriminierung sind unveräußerbare Prinzipien unserer Menschenrechtspolitik. Die FDP sieht mit großer Sorge, wie menschenrechtliche Mindeststandards, unter anderem im so genannten Kampf gegen der Terror, immer weiter verletzt wurden. Folter, unmenschliche und grausame Behandlung, Verschleppung und das Betreiben von extraterritorialen Gefängnissen dürfen nicht Teil</p>	<p><b>14. Verantwortung zum Schutz von Menschenrechten</b> Bei Menschenrechtsverletzungen darf es keinen Rabatt geben, weder wegen wirtschaftlicher, politischer noch angeblicher religiöser Interessen. Doppelte Standards lehnen wir strikt ab. Menschenrechte gelten für alle Menschen, überall und jederzeit. Sie sind unteilbar. Jeder Infragestellung treten wir entschieden entgegen. Millionen von Menschen kämpfen weltweit täglich um ihr Überleben, gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Hunger und Verwüstung. Damit finden wir uns nicht ab. Wir wollen die Ursachen von Angst, Not, Unfreiheit und Gewalt bekämpfen und nicht bei den Symptomen stehen bleiben. Deshalb ist unsere gesamte Politik an den Menschenrechten ausgerichtet. Wir setzen uns insbesondere ein gegen Folter, Todesstrafe, willkürliche Verhaftungen und gegen Rassismus, Versklavung, sexuelle Ausbeutung</p>	<p><b>5.2 Globale Lösungen erfordern globale Kooperation</b> Das Völkerrecht ist die einzige Rechtsgrundlage zwischen den Staaten. Wenn es verletzt werden darf, gilt kein Recht mehr, sondern nur noch das Recht des Stärkeren.</p>

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
	<p>– Menschenrechtspolitik und Entwicklungspolitik gehören zusammen und müssen eng aufeinander abgestimmt werden. Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein.</p>	<p>mit schwierigen Staaten bleiben, haben wir eine Chance, die Menschenrechte zu fördern und den Menschen tatsächlich zu helfen.</p>	<p>staatlichen Handelns sein und vom Staat auch nicht geduldet werden. Fehlentwicklungen auf diesem Gebiet müssen korrigiert werden. Die FDP tritt für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe genauso ein wie gegen menschenverachtende Verhörmethoden.</p> <p><b>Menschenrechtspolitik betrifft alle Politikbereiche</b></p> <p>Diskriminierung und Unterdrückung von Teilen der Bevölkerung finden auch heute noch vielfach statt – innerhalb und außerhalb Europas. Kinder und Frauen werden besonders häufig Opfer gravierender Verletzungen ihrer Rechte und Freiheiten. Menschenhandel, Kinderarbeit, der Einsatz von Kindersoldaten, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, Organhandel und Praktiken wie Genitalverstümmelung müssen geächtet und international verboten werden. In unserer Menschenrechtspolitik wenden wir uns gegen Verfolgung und Ausgrenzung aufgrund von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder sexueller Orientierung. Deshalb setzt sich die FDP für Gleichberechtigung und Toleranz ein und richtet ihre politischen Maßnahmen im In- und im Ausland an menschenrechtlichen Leitlinien aus. Durch die Globalisierung rücken Menschenrechte auch in anderen Regionen der Welt stärker ins Bewusstsein. Dies erhöht die Chancen Menschenrechtsanliegen aktiv in anderen Ländern anzusprechen. In der Wirtschaft unterstützt die FDP Zertifizierungsmaßnahmen und Initiativen verantwortungsvoller Unternehmensführung, um menschenrechtliche Standards durchzusetzen</p>	<p>und Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung. Grüne Menschenrechtspolitik erschöpft sich nicht in dem wichtigen Einsatz für einzelne Verfolgte, sondern setzt auf Dialog und drängt auf strukturelle Verbesserungen, für die Verwirklichung der Menschenrechte hier und an anderen Orten der Welt. Mit autoritären Regimen darf es keinen Schulterchluss geben. Damit Menschenrechte auch wirklich durchgesetzt und kontrolliert werden können, müssen die internationalen Menschenrechtsinstitutionen der UN, des Europarats, der EU und der OSZE gestärkt werden. Der Internationale Strafgerichtshof ist ein Meilenstein für die Bekämpfung der Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen. Wir wollen ihn weiter stärken und setzen uns dafür ein, dass die Tatbestände, die er verhandeln kann, ausgeweitet werden. Eine Fortentwicklung des Völkerrechts im globalen Dialog ist notwendig, wie etwa durch die auf dem Weltgipfel 2005 beschlossene „Responsibility to Protect“. Wir müssen Konzepte für wirksame völkerrechtliche Schutzmechanismen entwickeln: Wo ein Staat seine BürgerInnen vor Völkermord oder schwersten Menschenrechtsverletzungen nicht schützen kann oder will, stehen die UN in der Verantwortung und ist als einzige legitimiert, über die Ausgestaltung eines Mandats und die Mittel zu entscheiden. Die Schutzverantwortung ist zu allererst eine Verantwortung zur Prävention und kennt weder einen Automatismus zur humanitären Intervention noch gar einen Freibrief zum Krieg. Sanktionen sind an völkerrechtlich verbindliche Regeln gebunden.</p>	

Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<p><b>Wirtschaft und Soziales in Europa</b></p>	<p><b>IV.3 Starkes Europa – Sichere Zukunft</b>                      CDU und CSU wollen ein starkes und bürgernahe Europa. [...]                      – [...] Die Soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa und auch international verankern wollen, ist das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell [...]</p>	<p><b>15. Ein starkes und soziales Europa</b>  <b>Das soziale Europa schaffen – Lohn- und Sozialdumping verhindern</b>                      – Für einen sozialen Stabilitätspakt. Als wesentliches Element einer zukünftigen Sozialunion fordern wir einen europäischen sozialen Stabilitätspakt. Er soll Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegen, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten orientieren und flexibel an diese anzupassen sind. [...]                      Als zweites Element eines sozialen Stabilitätspaktes für Europa fordern wir, dass in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlohnregelungen gelten. Das ist ein wichtiger Schritt, um Lohndumping europaweit zu unterbinden.                      – Gute Arbeit in Europa. Wir treten für eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht sowie für eine Überarbeitung der EU-Entscheidungslinie ein. Diese muss über den Schutz bloßer Mindeststandards hinausgehen. In ganz Europa muss gelten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Weiterhin muss im EU-Vergaberecht die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkretisiert und erweitert werden.</p>	<p><b>6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt</b>  <b>Im europäischen Binnenmarkt entfalten sich Deutschlands Stärken</b>                      Grundlage des Wohlstands in Deutschland ist der unverfälschte Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt, denn nur mit Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum gelingt die nachhaltige Schaffung neuer Arbeitsplätze.</p>		<p><b>5.4 Deutschland in Europa: Für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union</b>                      DIE LINKE fordert:                      – eine europäische Wirtschaftsregierung einrichten: Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren;                      – eine soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern“ in europäische Verträge aufnehmen;                      – eine europäische Verfassung durch Bürgerinnen und Bürger mit gestalten lassen und allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zugleich zur Abstimmung vorlegen;</p>
<p><b>EU-Erweiterung</b></p>	<p><b>IV.3 Starkes Europa – Sichere Zukunft</b>                      – Wir wissen: Die bisherigen EU-Erweiterungen waren ein Erfolg und im Interesse Deutschlands und Europas. Nach der Erweiterung um zwölf neue Mitgliedstaaten und einem Beitritt Kroatiens muss es eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess geben, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen. Für Staaten mit einer europäischen Beitrittsperspektive gilt, dass für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union das Kriterium der</p>	<p><b>Europa demokratischer und handlungsfähiger</b>                      – Die Türen offen halten. Die EU-Erweiterungspolitik wollen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest.</p>	<p><b>Für eine Erweiterungspolitik mit Augenmaß und ohne Rabatte.</b>                      Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte EU-Reform ist für die FDP Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten. Mit Kroatien, das größte Anstrengungen unternommen hat, um sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, sind die Verhandlungen bereits weit fortgeschritten. Der Beitritt erscheint daher auch im Rahmen einer Teilreform denkbar. [...] Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei steht in den nächsten Jahren noch nicht an. Die</p>	<p><b>14. Europa schafft Frieden</b>                      Eines der erfolgreichsten friedenspolitischen Instrumente der Europäischen Union ist die Erweiterungspolitik. Sie hat den Weg vieler Staaten in stabile Demokratien maßgeblich unterstützt. Wir Grünen unterstützen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Der Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei. Eine besondere Verantwortung trägt die EU für den westlichen Balkan. Wir Grünen</p>	



Thema	CDU	SPD	FDP	B90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE
<b>EU-Erweiterung</b>	Aufnahmefähigkeit der EU ebenso wichtig ist, wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien ... Die Türkei erfüllt die Voraussetzungen nicht. Wir halten eine Privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei mit der EU für die richtige Lösung.		Türkei hat zwar eine Reihe wichtiger Reformschritte gemacht, in vielen Bereichen gibt es aber noch erhebliche Defizite bei der Erreichung der EU-Standards (Kopenhagener Kriterien), die für einen Beitritt erfüllt sein müssen. Schlüssel für den Beitritt zur EU sind die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU. Die Staaten des westlichen Balkans haben eine mittel- bis langfristige Perspektive, der EU beitreten zu können, was die FDP unterstützt. Langfristig gilt dies auch für die Ukraine.	wollen eine Heranführung dieser Staaten an die EU, das heißt Visafreiheit und das heißt Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften aufbauen.	

## DGB Neuerscheinungen

- DGB40341 Broschüre: Frauen bestimmt. Gleichstellungspolitische Positionen des DGB im Wahljahr 2009 ·
- DGB10010 Broschüre: Politische Anforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahr 2009
- DGB60017 Broschüre: Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) – Chancen und Risiken aus gewerkschaftlicher Sicht
- DGB24010 Broschüre: Für ein nachhaltiges Deutschland? Zum Fortschrittsbericht 2008 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
- DGB21345 Ratgeber: Hilfen für Beschäftigte mit geringem Einkommen – Wohngeld – Kinderzuschlag – Hartz IV
- DGB25039 Broschüre: Rente mit 67. Erhöhtes Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut
- DGB20006 Broschüre: Stoppt die Schuldenbremse – Sie bremst die Zukunft aus!
- DGB21344 Ratgeber: Hartz IV Tipps und Hilfen des DGB
- DGB71001 Broschüre: Energiepolitische Thesen des DGB
- DGB10009 Broschüre: Bericht zur gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Lage (Bundesausschuss-Bericht)

Bestellung von Broschüren und Materialien des DGB  
bitte über das DGB-Online-Bestellsystem:  
Link: <https://www.dgb-bestellservice.de>

Schriftliche Bestellungen NUR für  
Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang zum Internet:  
PrintNetwork pn GmbH · Stralauer Platz 33 – 34 · 10243 Berlin